

lvb inform

Zeitschrift des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland

Einmal mehr überzieht eine Kampagne zur grossen Schulrevolution das Land



Warum sie uns auch diesmal nicht überzeugt

Inside LVB – Was wir (unter anderem) für Sie tun

Bericht von der LVB-DV vom 20. September 2023

Revision des Berufsauftrags für Lehrpersonen

Die wichtigsten Eckpunkte aus Sicht des LVB

Willkommen in der neuen LVB-Geschäftsstelle!

Wir sind von Münchenstein nach Reinach umgezogen

Editorial

Reformspektakel als Geschäftsmodell



Liebe Leserin
Lieber Leser

«Die Schweiz ist das schlechteste Land der Welt», «ein überholtes Lernverständnis aus der industriellen Zeit erzeugt Frust und schlechte Leistung», «das Gleichschritt-Marsch-System zerstört das Selbstvertrauen der Kinder und Jugendlichen».

So tönt derzeit die medial kolportierte alarmistische Krisenbewirtschaftung von Herausforderungen im Bildungswesen. Umtriebige Bildungs«experten» und gewiefte Geschäftemacher kämpfen gar für eine «radikale Bildungsrevolution». Mit ihrem martialisches-exaltierten Wording suggerieren sie, das gegenwärtige Schulsystem lasse lediglich verantwortungslose Lernwege zu – jenseits von Würde und Eigenmotivation. Starker Tobak, der von Felix Schmutz oder Carl Boscard in ihren Artikeln des vorliegenden Hefts dekonstruiert wird.

Unbestritten: Auf den grassierenden Illetrismus, den überfrachten Lehrplan 21, den quantitativen *und* qualitativen Lehrpersonenmangel braucht es griffige, nachhaltige Antworten. Das hat die umfassende LVB-Mitgliederbefragung zu den

Belastungsfaktoren im Lehrberuf eindrücklich gezeigt. Im Gegensatz zur seriösen Erhebung und sorgfältigen Auswertung des LVB setzen die Reformturbos auf pseudowissenschaftliches Spiegelfechten mittels selektiv ausgewählter, tendenziöser und mitunter abenteuerlich interpretierter Studien, u.a. konzipiert von einer Tochterfirma des US-Milliardenkonzerns Marsh & McLennan Companies.

Wer profitiert? Die üblichen Verdächtigen reiben sich die Hände, allen voran VR/KI-Firmen und private Anbieter heilsversprechender Weiterbildungen, denn die grösstmögliche Individualisierung vor Bildschirmen ist Teil der Konzepte. Prominent vertreten: Bildungsmanager der Stiftung Mercator, Geschäftsleitungsmitglieder des Schulleiterverbandes Schweiz (VSLCH) und Hochschul-Exponenten, die u.a. im Beirat des Privatunternehmens «intrinsic» sitzen. Dieses baut dank der Finanzspritzen seines Netzwerks Parallelstrukturen in der Lehrerbildung weiter aus und kann die öffentlichen Schulen wegen des anhaltenden Lehrpersonenmangels ungehindert mit seinen zweifelhaften Konzepten infiltrieren.

Vor dem Hintergrund der wohl einmaligen Integrationsleistung des Schweizer Bildungssystems, der 23 Medaillen der Schweizer Berufs-Champions an den WorldSkills Competitions 2022 in Shanghai oder der rekordtiefen Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Raum lege ich den ungemein sendungsbewussten Bildungsrevolutionären ans Herz, sich etwas mehr in Demut zu üben, die «Push-To-Talk-Taste» loszulassen und stattdessen die Auswirkungen der Grossreformen der letzten 20 Jahre zuerst genau unter die Lupe zu nehmen. Bessere Französischkenntnisse dank Frühfranzösisch? Mehr Wissen und Können dank des Lehrplans 21? Höhere Sek II-Ab-

schlussquoten dank mehr Inklusion? Bessere Lehrerbildung dank Akademisierung der Pädagogischen Hochschulen? Welche überschwänglichen Versprechungen wurden tatsächlich Realität?

Der Sturm-und-Drang-Fraktion der Schulreformer unterbreite ich folgenden Vorschlag: Erproben Sie Ihr Schulmodell doch über einen längeren Zeitraum an 10 verschiedenen Standorten in der Schweiz und lassen Sie es von unabhängigen Forschern im Vergleich zu 10 «traditionellen» Schulen mit Tests in Mathematik, Deutsch, Fremdsprachen, Geschichte, Biologie und Physik evaluieren. Melden Sie sich erst wieder nach Abschluss der Evaluation, anstatt einmal mehr aufs Geratewohl ein Medikament ohne Wirksamkeitsnachweis auf den Bildungsmarkt zu werfen und den Beipackzettel mit den Nebenwirkungen zu unterschlagen. In der Arzneimittelforschung ist ein solches Vorgehen verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Berufsverbot geahndet.

Die Verantwortungsträger aus Politik und Wirtschaft sind gut beraten, sich von den eindimensionalen Worthülsen der Kampagnenführer nicht Sand in die Augen streuen zu lassen. Für ein funktionierendes Bildungssystem und eine erfolgreiche Integration unserer Jugend in den Arbeitsmarkt brauchen wir ganz bestimmt keine angloamerikanischen Verhältnisse mit Privatschulen für die Reichen und Restschulen für die weniger Begüterten, sondern eine starke, humanistisch wie leistungsorientiert geprägte öffentliche Volksschule für alle.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ph. Loretz'.

Philipp Loretz
Präsident LVB

Inhalt

- 2 **Editorial**
Reformspektakel als Geschäftsmodell
von *Philipp Loretz*
- 4 **Alles, was (nicht) recht ist**
Transparenz bezüglich Schulpool-Gelder
von *Isabella Oser*
- 5 **Lichtblick**
Method Acting für Lehrpersonen
von *Roger von Wartburg*
- 6 **Good News**
Hypotheken: Hochattraktives Angebot
exklusiv für LVB-Mitglieder
- 8 **Willkommen in der neuen
Geschäftsstelle**
Wir sind von Münchenstein
nach Reinach umgezogen
von *Roger von Wartburg*
- 9 **Revision des Berufsauftrags
für Lehrpersonen**
Die wichtigsten Eckpunkte aus Sicht des LVB
von *Philipp Loretz und Roger von Wartburg*
- 12 **Nach dem PISA-Schock**
von *Carl Bossard*
- 14 **Perlenfischen**
von *Roger von Wartburg*
- 16 **Der Vorstand des VSLCH probt
die Schulrevolution**
von *Felix Schmutz*
- 24 **Protokoll der DV
vom 20. September 2023**
von *Roger von Wartburg*
- 38 **Partnerschaft Schule – Wirtschaft**
Lehre als Rückgrat der Wirtschaft
von *Mischa Hauswirth*
- Es gibt keinen «besseren» Bildungsweg!
von *Frank Linhart*
- 43 **Strichwörtlich**
von *Michèle Heller*
- 44 **LVB-Forum**
- 46 **Der letzte Schrei**
Piesacken
von *Roger von Wartburg*

Herausgeber Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland LVB, Am Kägenrain 3, 4153 Reinach, www.LVB.ch

Redaktion LVB-Geschäftsleitung • **Layout & Gestaltung** Philipp Loretz • **Lektorat** Roger von Wartburg

Ausgabe SJ 2023/24, Nummer 03, April 2024 • **Auflage** 3100, erscheint 4-5-mal jährlich

Druck Schaub Medien AG, 4450 Sissach • **Titelbild** frza studio90 – stock.adobe.com • **Logo** Schmutz & Pfister, Grafik und Design

Alles, was (nicht) recht ist

Transparenz bezüglich Schulpool-Gelder

von Isabella Oser



Schulpool-Gelder in unserem Kanton

Die Baselbieter Schulen erhalten von ihrer Trägerschaft (entweder Kanton oder Gemeinden) jährlich sogenannte Schulpool-Gelder. Diese Beiträge sind gedacht für Tätigkeiten, die zusätzlich zu den im Berufsauftrag festgelegten Aufgaben erbracht werden. Die Höhe der Beiträge für den Schulpool ist in der Verordnung über Schulvergütungen (SGS 156.11) geregelt.¹

Aus dem Schulpool werden spezielle, für die Schule bedeutende Leistungen von Lehrpersonen vergütet. Dazu gehören beispielsweise das Bibliotheksamt, die Materialverwaltung, die ICT-Wartung (TICTS) oder Aufgaben aus dem Bereich PICTS (Pädagogischer ICT-Support). Auch gesundheitsfördernde Projekte oder präventive Massnahmen können aus dem Schulpool finanziert werden.

Das Mitwirkungsrecht des Konvents

Gemäss § 10, Abs. 1 der genannten Verordnung nimmt die Schulleitung die Verteilung der Schulpool-Gelder vor. Der Konvent ist jedoch vorgängig dazu anzuhören. Gemäss § 10, Abs. 2 hat die Schulleitung zudem jährlich dem Schulrat gegenüber Rechenschaft abzulegen, was den Einsatz der Schulpool-Ressourcen betrifft.

Den LVB haben schon mehrfach Anfragen erreicht, die sich um die Frage drehen, was unter dem Recht des Konvents auf Anhörung konkret zu verstehen sei. Offenbar ist die

Handhabung – wie so oft – auch in diesem Bereich hochgradig teilautonom. So legt an manchen Schulen die Schulleitung bestens nachvollziehbar offen, welche konkrete Aufgabe oder welches Amt in welchem Umfang alimentiert wird, während anderswo diese Transparenz (grösstenteils) fehlt, indem etwa lediglich eine prozentuale Angabe über die Verteilung der Schulpool-Gelder auf bestimmte Bereiche vorgelegt wird (z.B. 25 % für PICTS, 28 % für TICTS, 17 % für Gesundheitsförderung usw.).

Transparenz muss sein!

Aus Sicht des LVB kann das Anhörungsrecht des Konvents nur so interpretiert werden, dass eine möglichst transparente Darlegung der Sachverhalte gesetzlich gefordert ist. Wäre dem nicht so, könnte sich der Konvent gar kein fundiertes Bild machen und entsprechend auch keine ebenso fundierte Einschätzung vornehmen.



© r0b – stock.adobe.com

Neben dem Ernstnehmen des Mitwirkungsrecht des Konvents – als Ausdruck eines echten partizipativen Führungsverständnisses – sticht ein weiterer Vorteil ins Auge, der sich durch das Schaffen von Transparenz einstellt: Ein allfälliges Aufkommen negativer Gefühle, Mutmassungen bezüglich Übervorteilungen oder Benachteiligungen von Lehrpersonen, die Mittel aus dem Schulpool erhalten, können sich gar nicht erst einstellen. Im Sinne eines von Wohlwollen und Vertrauen geprägten Betriebsklimas müsste dies ohnehin im Interesse aller Beteiligten liegen.

¹ www.baselland.ch
→ Politik und Behörden
→ Direktionen
→ Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion
→ Dienstleistungen und Angebote
→ Informatik Schulen BL
→ ICT Bildung
→ ICT Primarschulen
→ Strukturen und Prozesse
→ Verordnung Schulvergütung 156.11



Lichtblick

Method Acting für Lehrpersonen

von Roger von Wartburg



Als Method Acting wird eine bestimmte Methode, die Schauspielerei zu erlernen, bezeichnet. Sie geht zurück auf den russischen Regisseur und Theatertheoretiker Konstantin Stanislawski und zielt darauf ab, dass Schauspielerinnen und Schauspieler mit den von ihnen gespielten Charakteren so weit wie möglich verschmelzen. Es geht darum, dass sie die Emotionen ihrer Rollen nicht nur «spielen», sondern tatsächlich erleben. Zu diesem Zweck sollen sie auf gemachte

Erfahrungen und Erlebnisse zurückgreifen, um etwa Wut, Verzweiflung oder Trauer natürlich spielen zu können. Dies bedingt eine minutiöse Vorbereitung der Darsteller und Darstellerinnen auf ihre Rollen.

Weltberühmt wurde das Method Acting ab den 1950er Jahren durch die New Yorker Schauspielwerkstatt «The Actors Studio», deren Gründer um Lee Strasberg die Konzepte des von ihnen verehrten Stanislawski adaptierten und weiterentwickelten. Als erster Repräsentant des Method Acting unter den grossen amerikanischen Leinwandhelden gilt Marlon Brando in «A Streetcar Named Desire» (1951) und «The Wild One» (1953). Viele Namen späterer Schauspielgrössen wie etwa Robert De Niro, Dustin Hoffman, Hilary Swank, Christian Bale oder Heath Ledger werden ebenso häufig mit dem Method Acting in Verbindung gebracht.

Insbesondere über den dreifachen Oscar-Preisträger Daniel Day-Lewis kursieren zahlreiche aufregende Berichte, von denen an dieser Stelle nur deren zwei angedeutet werden sol-

len: Für seine Rolle in «In The Name Of The Father» soll er sich drei Tage lang in Isolationshaft begeben haben, ohne Nahrung oder Wasser zu sich zu nehmen. Als Vorbereitung auf «My Left Foot», in dem er Christy Brown spielte, einen Autor und Maler, der infolge einer Zerebralparese nur seinen linken Fuss gebrauchen kann, verbrachte Day-Lewis Zeit in einer Klinik für Menschen mit ähnlichen Krankheitsbildern, liess sich während des Drehs von der Crew füttern, herumtragen und im Rollstuhl bewegen.

Tja, und an diese berühmten Vertreter des Method Acting musste ich denken, als ich mich während der schneearmen, aber höchst windigen Weihnachtsferien eines Nachmittags dazu verleiten liess, auf der Terrasse und im Carport Blätter zusammenzuwischen – immer wieder. Und das, kurz bevor in meinem Unterricht die griechische Mythologie auf dem Programm stand. Mehr Vorbereitung auf Sisyphos geht nun wirklich nicht! Da ich jedoch nicht Daniel Day-Lewis bin, verzichtete ich wohlweislich auf ähnliche Übungen mit Bezug auf Ikaros, Prometheus oder Niobe.





Hypotheken: Hochattraktives Angebot exklusiv für LVB-Mitglieder

Dank der Partnerschaft von LVB und Helvetia Versicherungen kommen LVB-Mitglieder exklusiv in den Genuss eines neuen und hochattraktiven Angebots. Der unabhängige Hypothekenvermittler MoneyPark ist eine Tochtergesellschaft der Helvetia Versicherungen AG.

Per 1.1.2024 erhalten LVB-Mitglieder auf die **Beratungspauschale** einen **Rabatt** von sagenhaften **75%**, wenn Sie eine neue Hypothek über MoneyPark abschliessen oder eine bestehende Hypothek mit MoneyPark erneuern und optimieren.

Wichtig: Um von diesem Rabatt profitieren zu können, müssen Sie über das Kontaktformular auf der LVB-Website mit «unserem Mann bei Helvetia», Herrn Andreas Stöckli, Kontakt aufnehmen. Wenn Sie einfach so auf Helvetia oder MoneyPark zugehen, werden Sie den Rabatt nicht erhalten.



Hier geht es zum Helvetiaformular:
→ www.lvb.ch → Vergünstigungen
→ helvetia





Ein Unternehmen von
helvetia

MoneyPark

Ihr führender Spezialist für
Hypotheken und Immobilienverkauf



Ob Suche, Finanzierung oder Verkauf einer Immobilie – mit MoneyPark profitieren Sie vom besten Service der Schweiz. Wir bieten Objekte, die Sie nur bei uns finden, top Hypothekarzinsen aus über 100 Anbietern und ein Rundum-Sorglos-Paket beim Immobilienkauf und -verkauf. Dank der Kombination aus persönlicher Beratung und wegweisender Technologie finden wir massgeschneiderte, steueroptimierte Lösungen für Sie.

Finanzierung

- **Neue Hypothek:** Gemeinsam analysieren wir Ihre Ausgangslage und stellen sicher, dass Ihre Eigenmittel optimal eingesetzt werden.
- **Bestehende Hypothek:** Wir stellen sicher, dass sich Ihre aktuelle Hypothek nicht automatisch verlängert und Sie stattdessen ein besseres Angebot erhalten.
- **Strategie:** Sie profitieren von einer massgeschneiderten Finanzierungsstrategie, die alle Ihre individuellen Bedürfnisse abdeckt.
- **Absicherung:** Dank der passenden Vorsorgelösung sind Sie und Ihre Immobilie langfristig abgesichert.

Immobilie

- **Suche:** Persönliche Bedarfsanalyse inkl. Berechnung des max. Kaufpreises und grösste Auswahl mit exklusiven Objekten, die Sie nur bei uns finden.
- **Eigentumsphase:** Aktuelle Informationen rund um Ihre Immobilie jederzeit abrufbar, z.B. Wertentwicklung seit dem Kauf, Anzahl qualifizierter Kaufinteressenten etc.
- **Verkauf:** Schneller Verkauf dank hauseigener Datenbank mit qualifizierten Kaufinteressenten und maximaler Komfort, da wir Ihnen sämtlichen Aufwand abnehmen.



Andreas Stöckli

Privatkunden & Vorsorgespezialist
+41 77 470 99 56
andreas.stoeckli@helvetia.ch

Helvetia Versicherungen | Generalagentur Aarau
Mitteldorfstrasse 37 | 5033 Buchs



Ihr Fringe Benefit Vorteil als Partner von MoneyPark: 75% Mitarbeitervergünstigung auf das Honorar

Neue Hypothek für Kauffinanzierung

CHF 245.- (statt CHF 980.-)

Erneuerung & Optimierung Ihrer bestehenden Hypothek

CHF 123.- (statt CHF 490.-)

Ihr Fringe Benefit Vorteil als Partner von MoneyPark für Immobilientransaktionen:

Rabattgutschrift

Ziel Vermittlung von Mitarbeitenden, welche Unterstützung beim Verkauf Ihrer Liegenschaft wünschen.

Unentgeltliche Vermittlung

Bei diesem Modell fliessen zwischen Ihnen und MoneyPark keine Entschädigungen.

Vorteilhafte Konditionen für Ihre Mitarbeitenden

Ihre Mitarbeitenden profitieren von einer pauschalen Rabattgutschrift in der Höhe von CHF 1'000.-

Kontaktieren Sie uns noch heute, damit wir Ihr Projekt gemeinsam umsetzen können.

Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme!

Willkommen in der neuen LVB-Geschäftsstelle! Wir sind von Münchenstein nach Reinach umgezogen

von Roger von Wartburg

Kaum zu glauben, aber wahr: Bis 2020 verfügte der LVB gar nicht über eine eigentliche Geschäftsstelle. Bis dahin war als Geschäftsstelle jeweils die private Adresse des LVB-Geschäftsführers oder -Präsidenten angegeben gewesen. Und tatsächlich hatten zuletzt Christoph Straumann (bis 2013) und Michael Weiss (bis 2020) bei sich zuhause unzählige Ordner oder gar den verbandseigenen Server aufbewahrt. Für die vielen Sitzungen von Geschäftsleitung und Kantonalvorstand mietete man jeweils externe Räumlichkeiten.

Nach dem unerwarteten Hinschied von Michael Weiss im Januar 2020 sah sich die Geschäftsleitung gezwungen, neue Wege zu gehen. Niemand der

verbliebenen Geschäftsleitungsmitglieder konnte sich eine Anschlusslösung bei sich zuhause vorstellen. Fündig wurde der LVB schliesslich an der Schwertrainstrasse 36 in Münchenstein, wo der LVB als Untermieter per 1. Juni 2020 zwei Zimmer als neue Geschäftsstelle beziehen konnte. Diese Örtlichkeit wurde fortan als Sitzungszimmer, Arbeitsplatz, Archiv und für Beratungsgespräche mit Mitgliedern genutzt.

Infolge des geplanten Abbruchs der Liegenschaft in Münchenstein sah sich der LVB drei Jahre später mit der Aufgabe konfrontiert, schon wieder eine neue Geschäftsstelle suchen zu müssen. Unter der Führung der Geschäftsleitungsmitglieder Isabella Oser und

Maddalena Pezzulla kristallisierte sich schliesslich eine Bürofläche in Reinach (Am Kägenrain 3) als beste Lösung heraus.

Seit dem Frühling 2023 dient die Reinacher Geschäftsstelle den gleichen Zwecken wie ihre «Vorgängerin» in Münchenstein. Auch wenn die Geschäftsleitungsmitglieder schon immer einen Grossteil ihrer Arbeit im Homeoffice geleistet haben und heute auch viele Sitzungen online abgehalten werden, so bietet die Geschäftsstelle dennoch einen erheblichen Mehrwert als Ort der Begegnung, zur Aufbewahrung von Unterlagen und einer zusätzlichen Option als Arbeitsplatz.



Revision des Berufsauftrags für Lehrpersonen Die wichtigsten Eckpunkte aus Sicht des LVB

von Philipp Loretz und Roger von Wartburg



© niroworld – stock.adobe.com

Es hat gedauert. Was 2017 (!) als Projekt begann, wird auf das Schuljahr 2024/25 in Kraft treten: Die Verordnung über den Berufsauftrag und die Arbeitszeit der Lehrpersonen im Kanton Basel-Landschaft erfährt Anpassungen. Der LVB hat in diesem Geschäft eine überaus zentrale Rolle für die Lehrpersonen innegehabt. Wir beschränken uns im vorliegenden Artikel auf wenige Eckpunkte und werden in der nächsten Ausgabe unserer Verbandszeitschrift noch detaillierter darauf eingehen.

Hauptziele des LVB

Die Geschäftsleitung des LVB hatte zu Projektbeginn ihre Hauptziele formuliert:

1. eine breitere Akzeptanz des Berufsauftrags in der Lehrerschaft
2. die Gleichstellung der Primarlehrpersonen hinsichtlich Klassenlehrer-Entlastung
3. keine Verschlechterungen für die Lehrpersonen im Vergleich zum Status quo

Bessere Akzeptanz in der Lehrerschaft

Zur Erreichung dieser Zielsetzung war für den LVB fast schon die Quadratur

des Kreises erforderlich. Denn das obligatorische Erfassen der Arbeitszeit in den nicht vollständig unterrichtsnahen Bereichen C/D/E des Berufsauftrags war auch in der LVB-Basis von Beginn weg höchst umstritten gewesen.

Für einen Teil der Lehrpersonen bedeutete dieses Erfassen zwar die einzig bedeutsame Schutzmassnahme gegen Überlastung, viele Kolleginnen und Kollegen empfanden das Ganze jedoch als lästig, gar als Zumutung. Die ablehnende Haltung verstärkte sich an Schulen, wo der Berufsauftrag nicht seinem ursprünglichen Sinn ent-

sprechend «gelebt» wurde und selbst in hohem Masse erbrachte Überzeit folgenlos blieb.

Arbeitszeit und verbindliche Planung

Mit dem revidierten Berufsauftrag fällt die obligatorische Zeiterfassung in den Bereichen C/D/E weg. Sie kann jedoch weiterhin auf Wunsch der Lehrperson oder auf Anordnung der Schulleitung erfolgen.

Essentiell ist der Umstand, dass neu zu Beginn des Schuljahres verbindlich eine transparente und anschauliche Planung von Schulleitung und Lehrpersonen für die verschiedenen Aufgaben des Berufsauftrags vorzunehmen ist. Auf diese Weise soll die Aufteilung der zeitlichen Ressourcen im Austausch zwischen der einzelnen Lehrperson und dem für sie zuständigen Schulleitungsmitglied ausgehandelt und festgelegt werden.

Die verschiedenen Aufgaben einer Lehrperson müssen innerhalb der zur Verfügung stehenden Jahresarbeits-

zeit leistbar sein und die anfallenden Verantwortlichkeiten an einer Schule sollen in den Kollegien fair verteilt werden, um Überlastungen einzelner Lehrkräfte entgegenzuwirken. Ein besonderes Augenmerk gilt der korrekten Behandlung von Teilzeit-Lehrpersonen (pro rata temporis). Die dazugehörigen Unterlagen (Handreichung, Anleitungen, Erklär-Videos) erachtet der LVB, soweit sie bis dato finalisiert sind, als sehr hilfreich.

KLP-Entlastung auf der Primarstufe

Das zweite Hauptziel konnte bereits «en route» erreicht werden. Der LVB – obwohl er damit zunehmend alleine dagestanden hatte – war während des gesamten Projekts nie von seiner Forderung abgewichen, diese überfällige Entlastung flächendeckend einzuführen, und nicht etwa, wie es die Regierung wollte, variabel je nach Entscheid der einzelnen Gemeinden.

Am 1. Dezember 2022 folgte der Landrat knappstmöglich der Position des LVB: Mit 41 zu 40 Stimmen wurde die flächendeckende KLP-Entlastung auf der Primarstufe angenommen und trat per Schuljahr 2023/24 in Kraft.

Ressourcen für Kerngeschäft bleiben gleich

Grob gesagt ist der Berufsauftrag unterteilt in die gänzlich unterrichtsnahen Arbeiten der Bereiche A/B (der Unterricht selbst sowie dessen Vor- und Nachbereitung) sowie alle weiteren Aufgaben der Lehrpersonen (Schulentwicklung, Team- und Elternarbeit, Veranstaltungen, Fachschaften, Weiterbildung usw.) in den Bereichen C/D/E.

Der LVB hatte von Beginn weg die Haltung vertreten, die Ressourcen für die Bereiche A/B dürften keinesfalls gekürzt werden. Durch die grosse LVB-Mitgliederbefragung zu den Be-

lastungsfaktoren im Lehrberuf Ende 2022 wurde diese Position eindrücklich gestützt, da unsere Basis gerade auf der Ebene Volksschule die Sitzungsichte und administrative Belange als zentrale Belastungsfaktoren herausstrich.

Die Mengengerüste A/B versus C/D/E bleiben mit dieser Revision unverändert, was bis weit in den Herbst 2023 hinein noch nicht gesichert gewesen war. Voraussichtlich im Schuljahr 2025/26 steht dann eine neue kantonale Studie zur Arbeitszeit der Lehrpersonen an, welche als Datengrundlage für allfällige weitere Anpassungen dienen soll.

Ihr Engagement in den verschiedenen Bereichen des Berufsauftrags muss zwingend mit Ihrer Schulleitung ausgehandelt werden. Bereiten Sie sich gut auf diese Gespräche vor, bringen Sie konkrete Vorschläge ein und achten Sie darauf, dass das Gesamtpaket in der Ihrem Pensum entsprechenden Jahresarbeitszeit Platz hat! Sollten Sie Ihre Rechte verletzt sehen, können Sie sich wie immer auch vertrauensvoll an den LVB wenden.





Bank
Banque
Banca

CLER

Protekta



LCH.ch/dienstleistungen/mitglieder

Vergünstigungen für LCH-Mitglieder



Der LCH ist der Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz.



Als Mitglied profitieren Sie von attraktiven Konditionen bei folgenden Partnern:

ZURICH

- 10% Rabatt auf Versicherungen: Auto/Motorrad, Hausrat, Privathaftpflicht, Wertsachen, Gebäude und Cyberversicherung
- Kombirabatt von bis zu 30% bei Abschluss mehrerer Versicherungen

VISANA

- 10% Rabatt auf Spitalzusatzversicherungen (gültig ab 1.1.2024)

PROTEKTA

- 15% Rabatt auf Privatrechtsschutzversicherungen
- Zusätzliche 5% Rabatt für Mitglieder, deren kantonale Sektion über eine Protekta Berufsrechtsschutzversicherung verfügt

BANK CLER

- Bis zu 0,3% Zinsrabatt auf Hypotheken bei selbstgenutztem Eigenheim und weitere attraktive Konditionen für Bankpakete, Anlagen und Finanzplanung

VVK Vorsorge- und Vermögenskonzepte AG

- Kostenlose Teilnahme an zielgruppenspezifischen Vorsorgeworkshops
- Kostenloser Erstberatungstermin zur Erstellung der finanziellen Ausgangslage
- 15% Rabatt auf den Vorsorge-, Finanz- und Lebensplan

Reisen LCH

- Buchen ohne Gebühren: Studienreisen aus dem Sortiment von Studiosus und Marco Polo
- Mehrmals jährlich eine geführte Spezialreise für unsere Mitglieder



LCH.ch/dienstleistungen/mitglieder

Nach dem PISA-Schock

von Carl Bossard, Dr. phil., dipl. Gymnasiallehrer, Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Zug



Der Absturz bei der Lesekompetenz hat die Experten auf den Plan gerufen. Sie propagieren radikale Strukturreformen. So wollen sie den Defiziten entfliehen, die sie mitverursacht haben. Doch es fehlt nicht an den Strukturen, sondern an der Wirksamkeit der Schule.

Es ist die Stunde der grossen Worte: «Bildungsrevolution – jetzt!» heisst es beim privaten Zürcher Unternehmen «Intrinsic». Das «Netzwerk für angewandte Bildungsrevolution», will damit «zu neuen Ufern aufbrechen (...) und mit einer radikal neuen Lernkultur Bildung revolutionieren».¹ Bildung müsse sich endlich modernisieren! Wieder einmal wird Bildung mit ihrer Reform gleichgesetzt. Doch auf das Wie wird nicht verwiesen, lediglich auf neue Strukturen. Negiert wird auch die Evidenzfrage und damit der Wesenskern des Unterrichts: Worin zeigt sich das Wirksame dieser Reformen? Und worin erkennt man das Gelingen der Innovationen?

Reformen an der Oberfläche

Eine Art Strukturrevolution propagieren auch der Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Schweiz (VSLCH) und ihr umtriebiger Präsident Thomas Minder. Ultimativ verlangen sie die Abschaffung jeder Selektion in den ersten neun Schuljahren, dazu die Elimination der Noten² und der Hausaufgaben. Und der VSLCH setzt dominant auf «Lernlandschaften», auf das selbstorientierte Lernen (SOL) der Kinder und eine forcierte Digitalisierung.

Wenn es nach dem Schweizer Schulleiter-Verband geht, sind Lehrerinnen und Lehrer nicht mehr Pädagogen, sondern nur noch Coachs und Lernbegleiter. Die Bildungsforschung aber kann nachweisen: Das ist Oberflächenkosmetik mit wenig bildungsqualitativer Tiefenwirkung.³

Orchestrierte Pressekampagne?

In die gleiche Richtung zielt die oberste Lehrerin der Schweiz, Dagmar Rösler. Auch für die Präsidentin des Verbands Deutschschweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) sind «Schulnoten (...) nicht mehr zeitgemäss», wie sie im grossen Blick-Interview verrät.⁴ Und wer die Medienberichte zu Schulfragen der vergangenen Wochen durchgeht, stösst auf viel Paralleles, auf Kongruenz unter Bildungsreformern, als gleiche das Ganze einer orchestrierten Pressekampagne. Da erklärt beispielsweise «Bildungsexpertin» Rahel Tschopp in der SonntagsZeitung anhand von 26 Stichworten, was sich alles ändern müsse, damit wir eine zeitgemässe Schule erhielten.⁵

Und wieder trifft man auf die fast identischen Kennzeichen, wie sie auch der VSLCH postuliert und wie sie in Teilen der LCH-Präsidentin Dag-

mar Rösler wichtig sind: Da ist von Abschaffung der Noten und Zeugnisse und damit der Selektion die Rede, da wird die Auflösung des Klassenverbandes gefordert und damit das Ende des Unterrichts im Kollektiv, da wird die Digitalisierung forciert.⁶ Die Stossrichtung ist die gleiche. Die Tamedia-Presse aber unterschlägt die Tatsache, dass Bildungsprophetin Rahel Tschopp mit ihrem Institut «Denkreise» Schulentwicklungsprojekte anbietet und im IT-Bereich tätig ist. Schulreformen um des eigenen Gewinns wegen?

Reformpädagogische Wunschkonstruktionen

Thomas Minder und sein Verband VSLCH wie auch die oberste Lehrerin der Schweiz, Dagmar Rösler vom LCH, wenden sich mit ihren Thesen an die Öffentlichkeit. Sie zeigen keine Scheu, «Reformen» zu forcieren, die in vielen Teilen an der Bevölkerung vorbeigehen und reformpädagogische Wunschkonstruktionen bedienen. Eine «notenfreie Schule» beispielsweise ist höchst umstritten. Auch viele Schulleiter wollen sie nicht.

Verschwiegen wird, dass in einem wertschätzenden Umfeld, in einer

fehlerfreundlichen Atmosphäre Noten nicht das Problem sind, sondern eine Hilfe sein können, die Klarheit schafft. Entscheidend ist das lernfördernde Feedback – im Sinne der Artikulation der Differenz zwischen Sein und Sollen in Bezug auf die Sache, den Lernprozess und die Selbstregulation. Dafür müssten Lehrerinnen und Lehrer im Alltag Zeit haben. Das wären Reformen mit Tiefenwirkung. Die empirische Bildungsforschung weist sie nach.⁷

Es erstaunt und irritiert, dass diese radikalen Innovationen als professionelle Forderung daherkommen und der LCH wie der VSLCH so tun, als gäbe es keine Politik und keine öffentliche Meinung. Dabei ist die Schule der Politik unterstellt. Da liegt das Problem: LCH wie der VSLCH und teilweise auch die Pädagogischen Hochschulen, die das mitttragen oder gar initiieren, stellen sich über die Politik und schaffen Fakten. Die Bildungspolitik und mit ihr die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK nehmen das kommentarlos hin und schweigen. Sie werden getrieben, statt zu steuern.

Strukturreformen von Seiten der Universität

Ein Paradebeispiel dazu ist das Tagesgespräch auf SRF 1 mit der Bildungsforscherin Katharina Maag Merki, Universität Zürich.⁸ Sie ortet zwei gravierende Probleme: Da ist einerseits die Tatsache, dass 25 Prozent der Schweizer Schülerinnen und Schüler mit Blick auf das Leseverständnis als leistungsschwach eingestuft werden. Um die hohe Rate funktionaler Alphabeten wissen wir aber längst; und PISA 2022 hat das Defizit erneut verdeutlicht.

Und da ist andererseits das Auseinanderdriften der Schere zwischen Kindern aus bildungsfreundlichem Elternhaus und solchen aus bildungsdistanzierteren Milieus. Konkret: die bedrohte Chancengerechtigkeit.

Doch statt diese beiden Problemfelder zu analysieren und nach den Gründen für den Einbruch zu fragen,

verlangt Maag Merki dezidiert die Abschaffung der Noten und der Selektion und damit die Aufhebung leistungsunterschiedlicher Klassen nach sechs Schuljahren: Auch sie plädiert, ohne vertieft zu begründen, ultimativ für Strukturreformen!

Wenn Eltern mithelfen müssen

Die Bildungsexpertin Maag Merki verliert kein Wort, warum unsere Schulen an diesem Defizit leiden. Kein Wort zu den überfüllten Lehrplänen, zu den beiden Fremdsprachen auf der Primarstufe und der fehlenden Übungszeit, der forcierten Integration und der entsprechenden Unruhe im Schulzimmer. Auch die SRF-Moderatorin fragt nicht danach. Kein Wort, warum selbst intelligente Kinder am Ende der Primarschule in den Grundfertigkeiten des Lesens, Schreibens und Rechnens oft grosse Lücken aufweisen.

Und wenn sie diese Grundlagen beherrschen, dann stehen nicht selten engagierte Eltern oder private Nachhilfeeinstitute dahinter. Auch das wissen wir. Hier fände sich doch der Schlüssel zur Bildungsgerechtigkeit: Darum wäre dafür zu sorgen, dass jene Kinder, die keine Impulse oder nur wenig Hilfe aus dem Elternhaus kennen, nicht benachteiligt sind. Chancengleichheit entsteht im Klassenzimmer – über gute, vital präsente, am Wohl des Kindes interessierte Lehrpersonen und einen wirksamen Unterricht.

Fokus auf den Kern der Schule richten

Elementar wäre doch eines: endlich die vielen Baustellen – wie beispielsweise die vergessene Deutschkompetenz – aufräumen, bevor neue Gruben aufgerissen werden. Doch es ist eben leichter, den zahlreichen Schadstellen zu entfliehen und sich neuen «Reformen» zuzuwenden. Und es sind immer Strukturreformen, die gefordert werden! Dabei ist längst bekannt: Humane Energie kommt aus Personen, nicht aus Strukturen. Da hinein, in die Mikroprozesse des Lehrens und Lernens, müsste eine verantwortungsbewusste Bildungspoli-

tik zoomen, in den gefährdeten Kern der Schule.

Die Definitionsmacht über die Schule gehört der Bildungspolitik

Wir brauchen eine Volksschule, die nicht in der Definitionsmacht der Verbände und auch nicht der Pädagogischen Hochschulen liegt. Ein Diskurs ist heute schwierig geworden. Ein kleiner universitär-akademischer Zirkel hat – im Verbund mit einer starken Bildungsbürokratie – die Dominanz über die Schulen errungen. Sie bestimmen, was gelehrt und wie unterrichtet werden muss – oft auch gegen die Praktiker. Das bedeutet eine Marginalisierung der Praxisempirie. Hier müsste die Bildungspolitik gegensteuern. Leidtragende sind immer die Kinder.

¹ <https://www.intrinsic.ch/> [abgerufen am 22.03.2024]

² Vgl. <https://www.srf.ch/audio/forum/sind-schulnoten-noch-zeitgemaess?id=12449418> [abgerufen am 21.03.2024]

³ John Hattie (2023), *Visible Learning: The Sequel. A Synthesis of Over 2'100 Meta-Analyses Relating to Achievement* London, New York: Routledge, p. 224ff.

⁴ Lisa Aeschlimann, «Schulnoten sind nicht mehr zeitgemäss», in: *Blick*, 25.02.204.

⁵ Vgl. Ursina Haller, *Die Schule der Zukunft*. Ein Glossar, in: *SonntagsZeitung*. Das Magazin 03.02.2024, S. 8ff.

⁶ Schweden hat die Digitalgeräte auf der Primarstufe verboten und kehrt zur Papierform zurück. Auch Dänemark verbietet sie; der dänische Bildungsminister entschuldigte sich gar für die negativen Folgen, die eine forcierte Digitalisierung der Schulen bei jungen Menschen verursacht habe; vgl. <https://www.diagnose-funk.org/aktuelles/artikel-archiv/detail?newsid=2061> [abgerufen am 21.03.2024]

⁷ John Hattie & Klaus Zierer (2017), *Kenne deinen Einfluss! «Visible Learning» für die Unterrichtspraxis*. 2. Aufl. Baltmannsweiler: Schneider Hohengehren, S. 137ff.

⁸ <https://www.srf.ch/audio/tagesgespraech/katharina-maag-merki-an-den-schuln-rumpelt-es-wie-noch-nie?id=12559295> [abgerufen am 20.03.2024]

Perlenfischen

von Roger von Wartburg

Perle 1: Finnlands Pisa-Absturz als Weckruf für die Schweizer Bildungspolitik

Wo: NZZ am Sonntag
Wer: Carl Bossard
Wann: 7. Januar 2024

«Kann man finnische Schulen kaufen?» So soll ein Bildungsexperte aus dem Nahen Osten gefragt haben. Auch er pilgerte nach der ersten PISA-Studie ins verheissene Land der weltbesten Schulen – mit einer Copy-and-Paste-Absicht. Möglich machten solche Bildungsfahrten die PISA-Rankings. Das «Programme for International Student Assessment» (PISA) vergleicht das Können 15-jähriger Schüler in den Fächern Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften. Anhand einer Punkteskala werden die Ergebnisse erfasst und in Kompetenzstufen aufgliedert.

Die erste weltweite Bildungsstudie im Jahr 2000 sah Finnland auf einem globalen Spitzenplatz. Wie seine Langläufer erreichten auch die Schüler Weltruhm. Die finnischen PISA-Erfolge weckten schnell das internationale Interesse. Der Bildungstourismus boomte. Auch mich zog Finnlands Mythos wie ein Magnet an. Ich reiste ins Mekka des Bildungserfolges. Doch im hohen Norden erlebte ich nicht, was ich in der Schweiz gehört hatte, und ich sah nicht, was Bildungsfachleute predigten und postulierten: Lehrer, die sich als Lerncoachs verstehen und nicht anleiten, Lehrerinnen, die Gruppenarbeiten moderieren und nicht unterrichten, Lehrkräfte, die selbstorientiertes Lernen (SOL) organisieren und nicht kollektiv ins Thema einführen. Keine Spur von Lernen ohne Lehrer (LOL), kein Anzeichen von individualisiertem Unterricht, kein selbstreguliertes Lernen mit Wochenplänen.

In allen besuchten Schulen erlebte ich das pure Gegenteil, nämlich einen geleiteten und gemeinsamen Unterricht im Klassenverband – strukturiert und in kleine Teile portioniert, mit Rückfragen und Diskursteilen aufgelockert, aber stringent geführt. Daran schlossen sich gemeinsame

Übungsteile an – mit präzisen Aufgaben und lernförderlichen Feedbacks. Assistentinnen unterstützten die Kinder und trainierten mit ihnen. Entspannt im Ton, intensiv im Tun: Abwechslung ohne Zerstreuung. Kein Schüler, keine Schülerin war sich selbst überlassen.

Ob darin Finnlands Geheimnis liegt und seinen Spitzenrang erklärt? Das fragte ich mich auf dem Rückweg von der Pilgerstätte. Als aufmerksamer Beobachter entdeckte ich vieles von dem, was der neuseeländische Bildungsforscher John Hattie in seiner Studie «Visible Learning – Lernen sichtbar machen» von 2009 als lernwirksam definiert: einen geführten und strukturierten Unterricht – schülerzentriert, sachorientiert, aber lehrergesteuert. Hattie spricht von «direct instruction».

«Das finnische Bildungswunder ist nicht von langer Dauer. Zwischen 2003 und 2012 verliert das Land insgesamt 25 PISA-Punkte; das entspricht dem Lernerfolg eines ganzen Schuljahres.»

Carl Bossard

Viele Bildungsexperten disqualifizieren diese Form als altmodischen Frontalunterricht und verwerfen sie. Doch sie ist lernwirksam. Das zeigen empirische Studien. Franz E. Weinert, Kronzeuge für den Lehrplan 21 und Direktor des Max-Planck-Instituts für psychologische Forschung, hält lapidar fest: «Zum Entsetzen vieler Reformpädagogen

erwies sich in den meisten seriösen Studien eine Lehrform als überdurchschnittlich effektiv, die [...] als «Direkte Instruktion» bezeichnet wird. Sie verbessert die Leistungen fast aller Schüler.»

Doch das finnische Bildungswunder ist nicht von langer Dauer. Zwischen 2003 und 2012 verliert das Land insgesamt 25 PISA-Punkte; das entspricht dem Lernerfolg eines ganzen Schuljahres. In den internationalen Studien sinken die finnischen Lernleistungen weiter. Die Ergebnisse von 2022 taxiert Finnlands Bildungsminister gar als «sehr besorgniserregend». Dabei liegt das ehemalige Bildungspa-



«Die PISA-Noten werden genau dort schlechter, wo die Reformen zu wirken beginnen.»

Carl Bossard

radies in den Naturwissenschaften und im Lesen noch vor der Schweiz.

Warum dieser Erfolg? Warum dieser Absturz? Manche Lernforscher erklären Finnlands Bildungswunder mit dem alten Schulsystem: starke Lehrerpersönlichkeiten, die Einfluss nehmen und führen, ein geleiteter und klar strukturierter Unterricht, eine eher traditionelle Methodik. Mitte der 1990er-Jahre ändert das Land sein Credo. Stabsleute lösen die praxiserfahrenen Schulinspektoren ab.

Das Bildungssystem setzt nun auf Pädagogen, welche die Rolle des Lerncoachs übernehmen und als «Lehrkoordinatoren» den Fokus auf das einzelne Kind und sein selbst-

gesteuertes Lernen legen statt auf die Klasse. Gleichzeitig werden die Lehrpläne umgestellt: Sie sind nicht mehr inhalts- und zielbezogen, sondern einseitig kompetenzorientiert formuliert. Ab 2012 greifen die Reformen. Dazu braucht es zehn bis fünfzehn Jahre, sagt die Bildungsforschung. Entsprechend schwächer schneidet Finnland in den Tests ab. Die PISA-Noten werden genau dort schlechter, wo die Reformen zu wirken beginnen.

Finnlands Fehler führen zum Trend nach unten. Daraus lässt sich lernen. Auch die Schweiz ist bei den Reformen den gleichen Weg gegangen. Eine verantwortungsvolle Bildungspolitik müsste Gegensteuer geben. Bildungsverlierer sind immer die lernschwächeren Kinder.

► weitere Perlen auf S. 22, 34 und 36

Der Vorstand des VSLCH probt die Schulrevolution

von Felix Schmutz, pensionierter Sekundarlehrer und Publizist zu bildungs- und schulpolitischen Themen



© frza studio90 – stock.adobe.com

Medienpräsenz

In letzter Zeit brodelt es wieder einmal in der Schullandschaft. Die PISA-Resultate, die 2023 veröffentlicht wurden, lockten den Vorstand des Verbands der Schulleitungen Schweiz (VSLCH) aus der Deckung. Er überschwemmt die Medien regelrecht mit Vorschlägen, wie unsere Volksschule umgestaltet werden müsse, damit die Leistungen der Jugendlichen besser werde und Chancengerechtigkeit endlich erreicht werden könne, so im Blick, in der NZZ, im Liechtensteiner Vaterland, auf Radio SRF.¹

Dass alle an Schule Interessierten und beruflich damit Befassten das Ziel der Verbesserung verfolgen, sei vorausgesetzt. Nur zerbrechen sich schon einige Generationen den Kopf über die Frage, auf welche Weise man vorgehen solle. Tatsache ist, dass nicht nur pädagogische Motive den Reformdiskurs antreiben, sondern auch handfeste geschäftliche Interessen. Es ist gar nicht mehr möglich, die beiden Motive leicht auseinanderzuhalten, denn die Bildung verfügt über einen grossen finanziellen Kuchen, von dem sich viele gerne ein Stück abschneiden würden. So äussern sich denn auch schulnahe Beratungsfirmen und die

Mercator-Stiftung im Chor mit dem VSLCH-Vorstand.

Wenn nun die Interessenvertretung der Schulleitungen ihre Ideen lautstark publik macht, ist das von besonderer Bedeutung, denn inzwischen gelten klare hierarchische Bedingungen im Schulwesen. Die Bildungs- und Erziehungsdepartemente geben strategische Ziele vor: den Lehrplan, die Lehrmittel, die äussere Struktur der bildenden Schulen. Die Umsetzung vor Ort obliegt jedoch den Schulleitungen.

Ideen für eine neue Schule

Der VSLCH plant eine tiefgreifende Reform der Volksschule, die etwa folgende Kernpunkte umfasst:

- Abschaffung der Selektion. Kinder und Jugendliche sollen bis Abschluss der obligatorischen Schule gemeinsam unterrichtet werden,
- Abschaffung der Noten. Alternative Beurteilungen sollen die Noten ersetzen, nicht Auslese, sondern Förderung ist oberstes Ziel,
- Abschaffung der Hausaufgaben,

- Individualisierung. Jedes soll nach eigenen Fähigkeiten und Interessen gefördert werden,
- Selbstorganisiertes Lernen,
- Digitalisierung. Software zur Unterstützung des Lernens sowie der verantwortliche Umgang mit neuen Medien als Lernziel,
- Altersdurchmischung. Kinder mehrerer Jahrgänge werden im selben Raum unterrichtet,
- Neue Rolle der Lehrpersonen als Lernbegleiter.

Natürlich rechnen die Wortführenden des VSLCH mit Widerstand, obwohl ihre Ideen alles andere als neu sind. Die Forderungen werden seit vielen Jahren propagiert und wurden mit wechselndem Erfolg ausprobiert. Aber die Radikalität, mit der sie das bisherige System als überholt darstellen und das Revolutionäre fordern, sichert ihnen allenthalben Aufmerksamkeit und bringt Unruhe. Da es sich um eine Gruppe von Leuten handelt, die sich im Besitz der Wahrheit wähnen und sich gegenseitig bestätigen, prallt Kritik an ihnen ab wie ein Ball von der Betonwand.

Sie unterfüttern ihre Kampagne mit Argumenten, auf die näher eingegangen werden muss. In diesem Beitrag möchte ich mich auf die Frage der Selektion konzentrieren, d.h. die Idee, Jugendliche müssten bis Ende 9. bzw. 11. Schuljahr gemeinsam unterrichtet werden. Welche Begründungen führen die Reformen an und wie stichhaltig sind diese?

Verschleuderte Potenziale

Dazu nun ein Blick auf die Dia-Show des VSLCH mit dem Titel «11 Jahre Potenzialentfaltung» von Jörg Berger. Gemeint sind natürlich die 11 Schuljahre unter Einbezug des Kindergartens, während deren die Kinder und Jugendlichen sich in der Volksschule bilden sollen.

Ausgehend von der Feststellung, dass die jüngste PISA-Erhebung wieder einmal zeige, wie das Potenzial der Kinder aus bildungsfernen Familien gegenüber demjenigen von Kindern aus akademischem Familienhintergrund zu wenig ausgeschöpft werde, stellt der VSLCH folgende Hypothesen auf:

- Längeres gemeinsames Lernen kommt den Benachteiligten zugute,
- längeres gemeinsames Lernen geht aber auch nicht zu Lasten der Leistungstarken,
- die Chancenungleichheit entzieht der Wirtschaft Fachkräfte, ihr entgehen dadurch 30 Milliarden Franken pro Jahr, 14'000 Jugendliche erreichen nicht die Ausbildung, die ihrem Potenzial entspricht.²

In Deutschland hat Ralf Dahrendorf bereits 1965 in «Bildung ist Bürgerrecht» (Artikel in der ZEIT) die Forderung aufgestellt, das brachliegende Potenzial der sozial Benachteiligten durch eine bessere Bildungspolitik zu mobilisieren, um die wirtschaftliche Leistung Deutschlands zu steigern. Seither gab es unzählige Reformanstöße, u.a. die Schaffung von Gesamtschulen, kompensatorische Fördermassnahmen, höhere Durchlässigkeit, Aufholprogramme nach dem Schulobligatorium etc. Diese Massnahmen haben immerhin dazu geführt, dass die

Jugendarbeitslosigkeit sehr tief blieb. Doch dümpelt die Gymnasialquote der sozial Benachteiligten weiterhin unter den Erwartungen.

Wenn der Ruf nach dem Wecken schlafender Humanressourcen heute erneut vom VSLCH aufgegriffen wird, ergibt sich ein Widerspruch: Das mit oben genannten Zahlen aus einer Studie der international agierenden Strategieberatungs-Firma Oliver Wyman untermauerte wirtschaftsorientierte Argument des «verschleuderten Potenzials möglicher Fachkräfteressourcen»³ verträgt sich schlecht mit der Absicht einer betont pädagogisch ausgerichteten individuellen Förderung der Kinder. Will man Jugendliche auf Berufschancen trimmen, ist wohl ein gezieltes Kompetenztraining mit entsprechenden selektiven Ansprüchen und Verfahren unabdingbar. Die Firmen betreiben denn auch bei der Lehrlingsauswahl mit dem «Multicheck» eine knallharte Selektion, was in den Augen des VSLCH des Teufels sein müsste.

Aus der Tatsache, dass die Noten der Lehrlinge sehr ähnlich ausfallen wie diejenigen der Gymnasiasten, folgern die Strategen von Oliver Wyman, die Lehrlinge könnten ebenso gut auch den gymnasialen Weg beschritten haben.

Die Oliver-Wyman-Studie «Bildungsgerechtigkeit. Eine Chance für die Schweizer Wirtschaft» weist bei genauerem Hinsehen deutliche Schwachpunkte auf. So beruht die These des verschleuderten Potenzials der sozial Benachteiligten auf einem Vergleich der Deutsch- und Mathematiknoten von Lehrlingen und Gymnasiasten. Aus der Tatsache, dass die Noten der Lehrlinge sehr ähnlich ausfallen wie diejenigen der Gymnasiasten, folgern die Strategen von Oliver Wyman, die Lehrlinge könnten eben-

so gut auch den gymnasialen Weg beschritten haben.

Man reibt sich die Augen: Besagte Studie berücksichtigt nicht, dass sich die Anforderungen in Mathematik und Deutsch am Gymnasium von denjenigen der Berufslehre unterscheiden, dass unterschiedlicher Stoff bewältigt werden muss, dass das Ziel einer Deutsch- oder Mathematikmatur nicht dasselbe ist wie dasjenige eines Berufsabschlusses. Auch die Tatsache, dass aus der Berufslehre und anschliessender Weiterbildung in Form einer Höheren Fachschule durchaus wertvolle Fachkräfte hervorgehen, wird dabei ausser Acht gelassen.

Jedenfalls konstatiert man, dass hier Äpfel mit Birnen gleichgesetzt werden. Die beruflich Qualifizierten haben im Übrigen die Möglichkeit, via Berufsmatur und Passerelle auch noch zur gymnasialen Matur zu gelangen. Die ganze Argumentation mit den 30 Milliarden Verlust und den 14'000 brachliegenden Potenzialen fällt wie ein Kartenhaus in sich zusammen.

Zusammen lernen bis Ende neunte Klasse

Bergers Hauptargument zur Stützung der These, dass längeres gemeinsames Lernen, nämlich bis Ende der obligatorischen Schulzeit, die Chancengerechtigkeit erhöhe, ist der Verweis auf den Artikel «Längeres gemeinsames Lernen macht den Unterschied» von Sönke Hendrik Matthewes⁴.

Das Dumme ist allerdings: Matthewes vergleicht nur das 5. und 6. Schuljahr von Schulen mit ungegliedertem und gegliedertem Schulsystem, nicht aber die Stufen 7 bis 9, wobei die Gymnasiasten gänzlich unberücksichtigt bleiben, also nur die nichtgymnasialen Kinder (Haupt- und Realschule, Gesamtschule) einbezogen wurden. Matthewes hat untersucht, «wie sich die Leistungsentwicklung der nicht gymnasialen Schülerschaft zwischen zwei Gruppen von Bundesländern unterscheidet: solchen, in denen es weiterhin ab der 4. Klasse separate Haupt- und Realschulen gibt, und solchen, in denen diese Bildungsgänge

in einer Schulform zusammengefasst wurden und nicht gymnasiale Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen, bevor sie dem Haupt- oder Realschulzweig zugewiesen werden.»⁵

Damit ist die Studie für die Behauptung des VSLCH vollkommen unerheblich, denn erstens selektieren die Schweizer Schulen erst im 7. (bzw. 9.) Schuljahr, seit der Harmonisierung also nicht mehr schon im 5. und 6. (bzw. 7. und 8.) Schuljahr. D.h. Schweizer Kinder werden in den untersuchten Jahren ohnehin ungegliedert unterrichtet. Zweitens werden die Gymnasiasten von der Studie nicht erfasst, die in der Schweiz im 5. und 6. Schuljahr noch selbstverständlich in der ungegliederten Primarschule mitbeschult werden. Das bedeutet: Die

Die Vermutung liegt nahe, dass die anspruchsvolle Tätigkeit als Schulleitung den Autoren des VSLCH nicht die Zeit gelassen hat, Matthewes' Studie genau und ganz zu lesen, sie haben sich lediglich von dem Titel verführen lassen und die Untersuchung fälschlich als Wasser auf ihre Mühle gedeutet.

Schweiz ist auf jeden Fall weniger selektiv im 5. und 6. Schuljahr als die von der Studie berücksichtigten deutschen Schulen. Im 7. bis 9. Schuljahr sind deutsche Schulen in vielen Bundesländern ebenso gegliedert wie die schweizerischen, mit Ausnahme der Gesamtschulen, die als Alternativangebot nebenherlaufen, was jedoch alles nicht Gegenstand der Studie von Matthewes war.

Unzulässig wäre auch der Schluss, dass die Beobachtungen, die Matthewes für das 5. und 6. Schuljahr macht, ohne empirische Verifizierung und ohne Einbezug der P-Zug-Schüler(in-

nen) auf das 7. bis 9. Schuljahr übertragen werden könnten. Die Vermutung liegt nahe, dass die anspruchsvolle Tätigkeit als Schulleitung den Autoren des VSLCH nicht die Zeit gelassen hat, die Studie genau und ganz zu lesen, sie haben sich lediglich von dem Titel verführen lassen und die Untersuchung fälschlich als Wasser auf ihre Mühle gedeutet.

Schweizer Schulsysteme im Vergleich

Gibt es nun aber empirisch abgesicherte Publikationen, welche den Vergleich zwischen einer gegliederten und einer ungegliederten Sekundarstufe I (7. – 9. Schuljahr) ermöglichen?

Es gibt sie. Leider zieht der VSLCH diese nicht in Betracht. 2008 verfasste Urs Moser, Leiter des IBE (Institut für Bildungsevaluation) der Universität Zürich, einen umfangreichen Bericht für die Bildungsdirektion des Kantons Zürich, in dem er gegliederte und ungegliederte Schulsysteme und deren Auswirkungen auf die Leistungen schweizweit verglich.⁶ Im Kapitel 2.1 zieht Moser folgende Zwischenbilanz:

«Die aktuellen Studien aus der Schweiz zeigen, dass die Schulleistungen weitgehend unabhängig von Besonderheiten der Schulmodelle sind. Dies mag damit zusammenhängen, dass trotz dreier Modelltypen die Unterschiede zwischen den Modellen in den für die Leistungsentwicklung wesentlichen Merkmalen doch eher gering sind. Auch integrierende Model-

«Die aktuellen Studien aus der Schweiz zeigen, dass die Schulleistungen weitgehend unabhängig von Besonderheiten der Schulmodelle sind.»

Urs Moser

le kommen auf der Sekundarstufe I nicht ganz ohne Bildung leistungshomogener Gruppen aus. Zumindest in der Mathematik und in den Fremd-

sprachen, meist aber auch in Deutsch werden die Schülerinnen und Schüler entsprechend ihren Begabungen und Fähigkeiten in Leistungsniveaus unterrichtet.»

Moser begleitete hautnah die Basler Schulreform, die ab 1994 begann und bereits aufs Schuljahr 2004/2005 korrigiert werden musste. Die Frühsektion nach vier Jahren Primarschule wurde 1994 abgeschafft. Alle Kinder traten mit 11 Jahren über in eine ungegliederte Orientierungsschule (OS), die drei Jahre dauerte. Die anschliessende Aufteilung ins Gymnasium oder die nicht-gymnasiale zweijährige Weiterbildungsschule (WBS) sollte zuverlässiger möglich sein als schon nach vier Jahren Primarschule. Ab dem dritten OS-Jahr gab es in den Hauptfächern Niveaueurse, die auch

Die OS erreichte die Lernziele bei weitem nicht, die WBS musste in manchen Fächern bei Null beginnen, die Lehrfirmen entsetzten sich über das Niveau der Jugendlichen aus der WBS.

an der WBS weitergeführt wurden, wobei sich aus der Schnittstelle am Ende der OS ergab, dass die Niveaus neu definiert werden mussten, weil die Gymnasiasten nicht mehr dabei waren.

Schon beim ersten Reformdurchgang zeigten sich grosse Probleme. Die Hauptziele, chancengerechte Förderung und informierte Selektion, liessen sich nicht erreichen. Bald meldeten sich wieder bis zu 40% des Jahrgangs in eines der Gymnasien an, genauso, wie die Einteilung schon vor der Reform ab Primarschule gewesen war. Die OS erreichte auch die Lernziele bei weitem nicht, die WBS musste in manchen Fächern bei Null beginnen, die Lehrfirmen entsetzten sich über das Niveau der Jugendlichen aus der WBS.



Selten wird erwähnt, dass Niveaunkurse zu unglaublichen Reibungsverlusten im Sozialgefüge und bei der Leistung führen, denn ständig ändert die Gruppenzusammensetzung, es entsteht Unruhe bei den Raumwechseln.

© Jeanette Dietl – stock.adobe.com

Das Erziehungsdepartement Basel verfügte als Notmassnahme, die WBS in zwei separate Leistungszüge zu unterteilen: A-Zug für die Schwachen, E-Zug für die Besseren. Damit kehrte im 8. und 9. Schuljahr das gegliederte System zurück. Mosers Institut konnte nun vergleichen, wie sich die Leistungen vom letzten ungegliederten Jahrgang zum ersten gegliederten Jahrgang entwickelte. Sein Fazit:

«Insgesamt fällt das Urteil über die Strukturänderung positiv aus. Der Tendenz nach war der Lernfortschritt in der Mathematik nach der Strukturänderung leicht höher als vor der Strukturänderung und die Deutsch-

Niveaunkurse drängen sich ab dem 7. Schuljahr auf, weil die Leistungen derart divergieren, dass gemeinschaftlicher Unterricht nicht mehr funktioniert.

leistungen waren am Ende der 9. Klasse sogar statistisch signifikant höher als die Leistungen vor der Strukturänderung. (...) Obwohl die Schülerinnen und Schüler vor der Strukturänderung fachspezifischen Leistungsniveaus zugeteilt wurden, waren die Leistungsfortschritte nach der Strukturänderung und einer fachübergrei-

fenden Zuteilung zu einem Leistungszug sogar leicht besser.»⁷

Niveaunkurse drängen sich ab dem 7. Schuljahr auf, weil die Leistungen derart divergieren, dass gemeinschaftlicher Unterricht nicht mehr funktioniert. Die Kernklasse ist nur noch in den als weniger wichtig erachteten Fächern zusammen, in den Hauptfächern wechseln die Gruppen je nach Niveaueinteilung. Selten wird erwähnt, dass dies zu unglaublichen Reibungsverlusten im Sozialgefüge und bei der Leistung führt, denn ständig ändert die Gruppenzusammensetzung, es entsteht Unruhe bei den Raumwechseln, organisatorische Probleme ergeben sich, weil pro zwei Klassen drei Niveaunkurse gebildet werden müssen, Jugendliche müssen sich auf 10 bis 12 verschiedene Lehrpersonen einstellen etc.

Insgesamt kommt Moser in der Studie zum Schluss, dass keines der untersuchten Schulmodelle klare Vorteile hat. Beim ungegliederten System hebt er den Vorteil einer besseren Durchlässigkeit auf ein höheres Niveau hervor. Im Übrigen verweist er auf die internationalen Vergleichsstudien, die sich eher eignen, die Systeme auf ihre Leistungsfähigkeit zu prüfen.

Schulsystem und PISA

Aus diesem Grund ist ein Blick auf die

nach Bundesländern aufgeschlüsselten Resultate von PISA 2023 hilfreich.⁸ Daraus geht hervor, dass z.B. das gegliederte Schulsystem Bayerns mit einem Punktestand von 57.9 aufwarten kann, während das ungegliederte System Bremens nur 36.5 Punkte erreicht, wobei sogar Bremen ab dem 7. Schuljahr Niveaunkurse in den Hauptfächern führt. Am besten schneidet Sachsen ab, das keine Gesamtschule führt. Das Diagramm weist darauf hin, dass die Länder mit gegliederten Schulsystemen deutlich besser abschneiden als diejenigen mit vorwiegend ungegliedertem System.

Die wissenschaftlichen Dienste des deutschen Bundestages nahmen sich 2006 der Frage an, welche Vor- und Nachteile gegliederte und ungegliederte Schulformen hätten.⁹ Darin wird die hessische Kultusministerin Karin Wolff zu den Nachteilen zitiert: «Schon die Auswertung der deutschen Schullandschaft zeigt, dass Länder wie Bayern und Baden-Württemberg mit einem klar gegliederten

«Schon die Auswertung der deutschen Schullandschaft zeigt, dass Länder wie Bayern und Baden-Württemberg mit einem klar gegliederten Schulwesen die besten Ergebnisse [bei PISA] erzielen.»

Karin Wolff, Kultusministerin

Schulwesen die besten Ergebnisse [bei PISA] erzielen. International liegen Gesamtschulen im vorderen und hinteren Bereich. (...) Befürworter der Einheitsschule übergehen ausserdem stillschweigend eine weitere Tatsache, die in vielen internationalen Studien festgestellt wurde: In homogenen Lerngruppen – auch dies ist übrigens sehr relativ – wird ein grösserer Bildungserfolg erzielt. Die PISA-Zahlen für Deutschland sprechen eine deutliche Sprache: Sie zeigen eindeutig die Überlegenheit von Gymnasien und Realschulen im Vergleich zu den

Gesamtschulen. Die durchschnittliche Schulleistung eines Gesamtschülers rangiert nach PISA gerade einmal zwischen der eines Haupt- und eines Realschülers. Die richtige Reaktion auf PISA ist, unsere Schulen dort zu reformieren, wo sie Schwächen aufweisen und unser differenziertes Schulsystem gezielt zu stärken.»

Und der deutsche Philologenverband doppelt nach: «Wir erleben derzeit leider die Rückkehr der Ideologien in die Schulpolitik. Dabei hat PISA schonungslos aufgezeigt, dass nicht die Struktur, sondern die Verbesserung der Unterrichtsqualität im Zentrum der Bemühungen stehen muss.»

«Wir erleben derzeit leider die Rückkehr der Ideologien in die Schulpolitik. Dabei hat PISA schonungslos aufgezeigt, dass nicht die Struktur, sondern die Verbesserung der Unterrichtsqualität im Zentrum der Bemühungen stehen muss.»

Deutscher Philologenverband

Die Schlussfolgerung dieser Auslegung des Bundestages lautet: Die Schulstruktur werde in der Frage der Chancengleichheit überschätzt. Entscheidend seien vielmehr die Qualität des Unterrichts, die Fördermassnahmen für Schwächere, die Durchlässigkeit des Systems, die Vielfalt der Anschlussmöglichkeiten.

Keine Nachteile für Begabte?

Zurück zur Frage, ob die Begabten Nachteile erleiden, wenn sie in ungegliederten Klassen mit Schwachen zusammen unterrichtet werden. Die BIJU-Studie des Max Planck-Instituts Berlin kann dazu Auskunft geben. In den 1990-er Jahren wurden in einer Langzeitstudie Gesamtschulen mit gegliederten Schulen verglichen.¹⁰ Dabei zeigte sich Folgendes:

«Für den Vergleich von Haupt- und Gesamtschule ergeben sich nach Kontrolle des Vorwissens sowie der kognitiven und sozialen Variablen keine unterschiedlichen Leistungseffekte zwischen beiden Schulformen: Bei gleichen Eingangsbedingungen wird

Die wichtigsten Einflüsse auf die Leistungsentwicklung üben die kognitiven Variablen Vorwissen und kognitive Grundfähigkeiten aus. Der Einfluss des sozialen Status ist schwach.

am Ende der 10. Jahrgangsstufe ein identischer Wissensstand erreicht. Die wichtigsten Einflüsse auf die Leistungsentwicklung üben die kognitiven Variablen Vorwissen und kognitive Grundfähigkeiten aus. Der Einfluss des sozialen Status ist schwach. Ethnische Herkunft und familiäre Situation üben nach Kontrolle der kognitiven Voraussetzungen keinen nachweisbaren Einfluss aus.

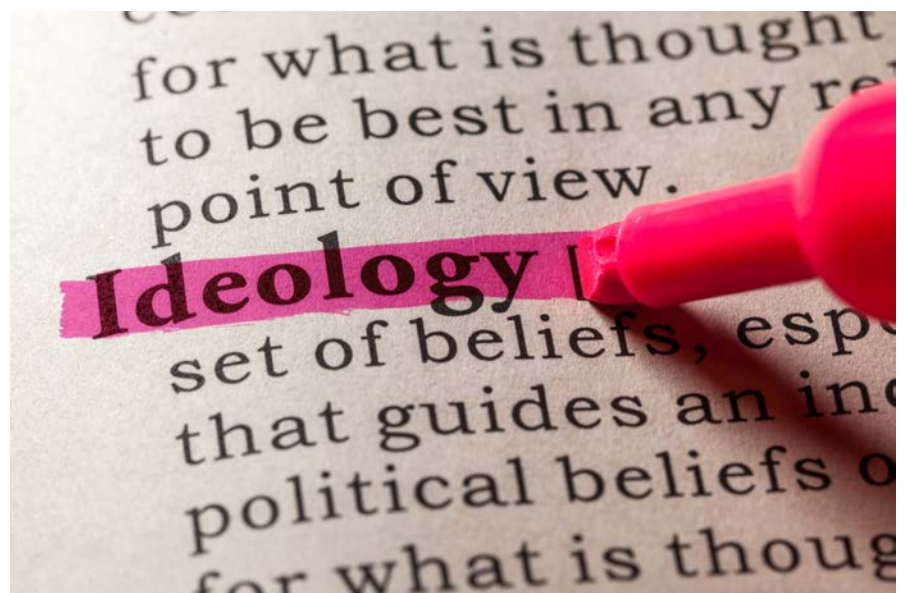
Beim Vergleich zwischen Real- und Gesamtschule zeigt sich, dass in der Realschule auch nach Kontrolle kognitiver und sozialer Eingangsvariablen die Leistungsentwicklung günstiger als an der Gesamtschule verläuft.

Bei gleichen intellektuellen und sozialen Eingangsbedingungen erreichen Realschüler am Ende der Sekundarstufe I etwa in Mathematik einen Wissensvorsprung von ungefähr zwei Schuljahren.

Noch stärker sind diese Effekte, wenn man Gesamtschule und Gymnasium vergleicht. Bei gleichen intellektuellen und sozialen Bedingungen beträgt der Leistungsvorsprung in Mathematik am Gymnasium mehr als zwei Schuljahre. Es gibt keine Hinweise, dass die ungünstige Leistungsentwicklung durch besondere überfachliche Leistungen kompensiert werden könnte.

In allen Analysen ist der Einfluss der Sozialschicht nach Kontrolle der kognitiven Voraussetzungen relativ gering oder statistisch nicht nachweisbar. Dies weist darauf hin, dass der Einfluss der sozialen Herkunft auf die Leistungsentwicklung innerhalb von Schulformen im Vergleich zu ihrer Bedeutung bei der Übergangsauslese in der Regel überschätzt wird.»

Mit anderen Worten: Wenn gymnasial veranlagte Schüler(innen) oder Realschüler(innen) in Gesamtschulen sitzen, sind sie am Ende des 10. Schuljahres zwei Jahre mit dem Stoff in Verzug gegenüber denjenigen, die von Anfang an im Gymnasium oder in Realschulen unterrichtet wurden.



Damit ist klar, dass Gesamtschulen in den oberen Klassen auf Dauer zu einer Nivellierung des Leistungsniveaus der besseren Schüler(innen) nach unten führen.

Damit ist klar, dass Gesamtschulen in den oberen Klassen auf Dauer zu einer Nivellierung des Leistungsniveaus der besseren Schüler(innen) nach unten führen.

Dass die bildungsferne soziale Herkunft sich in gegliederten Modellen zum Nachteil auswirkt, kann auch Urs Moser nicht bestätigen, wenn er unter 3.1 seiner Studie schlussfolgert: «Die Wirkungen leistungshomogener oder leistungsheterogener Lerngruppen auf die schulischen Leistungen und den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und schulischen Leistungen (soziale Ungleichheiten) werden durch den Vergleich der Wirkungen der drei Schulmodelle aber nicht nachweisbar.»¹¹

Fazit

Die drei Behauptungen des VSLCH von Seite 17 sind damit entkräftet.

- Die Gliederung in Leistungszüge bringt vom 7. Schuljahr an nachweislich Vorteile für die Leistungsentwicklung.
- Potenziale der sozial Schwächeren werden durch schulische Aufstiegsmöglichkeiten und durch die Möglichkeiten der dualen Bildung im Anschluss an die obligatorische Schule aufgefangen.
- Die ungegliederten sechs Jahre Primarschule bieten in diesem Rahmen alle Vorteile, die man sich von der gemeinsamen Beschulung der verschiedenen Begabungen und sozialen Schichten erhofft.
- Die Differenzierung in Leistungszüge erfolgt erst, wenn die fachlichen Qualitätsunterschiede zu gross werden, d.h. die Schwachen konstant überfordert, die Starken konstant unterfordert würden.

Das Ethos der Lehrperson fordert, dass jedem Kind und Jugendlichen Gerechtigkeit widerfahren sollte. Der Ideologie des zusammen Lernens bis Ende 9. Klasse sollten weder Jugendliche am unteren Ende des Leistungsspektrums noch diejenigen am oberen Ende zum Opfer fallen. Die Schwächeren noch intensiver fördern ist ebenso wichtig und nötig wie der Erhalt der Angebote für die Stärkeren. Nivellierung auf einer unteren Stufe führt nicht zu mehr Fachkräften. Mit einer vernünftigen Selektion kann die Nivellierung nach unten verhindert werden.

^{1,2} <https://padlet.com/joergberger1/11-jahre-potenzialentfaltung-88do73arb5ehi70w>

³ Oliver Wyman, Allianz Chance, Bildungsgerechtigkeit. Eine Chance für die Schweizer Wirtschaft, 2023

^{4,5} Sönke Hendrik Mathewes, Längeres gemeinsames Lernen macht den Unterschied, in WZBrief Bildung 40, August 2020.

^{6,7,11} Urs Moser, Schulsystemvergleich. Gelingensbedingungen für gute Schulleistungen, Universität Zürich, Institut für Bildungsevaluation, 2008, S. 17, 16, 18

⁸ <https://www.insm-bildungsmonitor.de/>

⁹ Wissenschaftliche Dienste des Bundestages, Vor- und Nachteile der Gesamtschule bzw. des dreigliedrigen Schulsystems, 2006

¹⁰ Jürgen Baumert, Olaf Köller: Bildungsverläufe und psychosoziale Entwicklung im Jugend- und jungen Erwachsenenalter (BIJU) in Pädagogik, 50. Jahrgang, Heft 6/1998

Perle 2: Die amerikanische Manie, die Kinder permanent zu überwachen, zu betreuen und zu fördern, kann Angststörungen auslösen

Wo: Neue Zürcher Zeitung

Wer: David Signer

Wann: 14. Dezember 2023

Zieht man mit Kindern in die USA um, sticht einem der andere Erziehungsstil ins Auge. Was man in der Schweiz spöttisch Helikopter-Eltern nennt, ist hier normal. Ständig kreisen Mütter und Väter in einer Mischung aus Überbehütung und Kontrolle über ihren Kindern.

Das beginnt schon beim Schulweg: Im Gliedstaat Illinois dürfen Kinder erst ab 14 Jahren allein zur Schule gehen, selbst wenn es sich nur um eine Viertelstunde zu Fuss handelt. Allein zu Hause lassen darf man sie in Illinois ebenfalls erst ab 14. Ebenso wenig dürfen Kinder ohne Aufsicht draussen spielen, nicht einmal im Hinterhof oder auf dem Rasen vor dem Haus. Es besteht das reale Risiko, dass ein Nachbar die Polizei oder die Kinderschutzbehörde anruft. Auch auf dem Spielplatz weichen die meisten Eltern kaum von der Seite ihres Nachwuchses.

Aber die meisten Kinder haben sowieso kaum Zeit zum Spielen, weil die Eltern sie nach der Schule gleich zum Schwimmunterricht, ins Ballett, zur Geigenstunde oder in den Nachhilfeunterricht bringen. Treffen mit anderen Kindern beschränken sich auf organisierte «play dates», bei denen die Erwachsenen daneben sitzen und für Anregungen und Leitplanken sorgen.

Viele Eltern sind besessen von der Idee der Frühförderung und sorgen sich, kaum ist das Kind geboren, ob es wohl den Sprung in ein gutes College schaffen wird. Zur Non-stop-Erziehung passt auch das permanente Lob. Der häufigste Satz auf Spielplätzen ist: «Good job, buddy!», selbst wenn das Kind bloss die Rutschbahn heruntergekommen ist. Wohlgermerkt: Das hat eine sympathische, liebevolle, positive und förderliche Seite; es zeigt aber auch, wie Eltern sich in den Mittelpunkt stellen und alles bewerten. Eigentlich sollte man auf dem Spielplatz ja nicht Mutter oder Vater zufriedenstellen, sondern Spass haben.

Nun gibt es jedoch zunehmend Kritik an diesem Erziehungsmodell, das nicht nur in den USA, sondern mit einer Zeitverzögerung auch in Europa immer mehr dominiert. Organisationen wie Let Grow setzen sich für mehr kindliche Autonomie und eine Änderung der Gesetze ein und werden zu einer landesweiten Bewegung.

Auch auf wissenschaftlich-pädagogischer Ebene werden kulturelle Gewissheiten infrage gestellt. Peter Gray, Psychologieprofessor am Boston College, veröffentlichte kürzlich im «Journal of Pediatrics» einen Artikel, der heftiges Medienecho auslöste. Er postuliert, dass die psychi-



Oft wird der Anstieg von frühen Angststörungen und Depressionen mit sozialen Netzwerken, Bildschirmzeit und Corona erklärt. Laut Gray setzte die Zunahme jedoch schon vor etwa fünfzig Jahren ein, als sich auch das «overparenting» langsam ausbreitete.

schen Störungen und die Suizide im Kindes- und Jugendalter, die beide seit Jahren markant zunehmen, im Zusammenhang stehen mit der elterlichen Intensivbetreuung und dem Mangel an freiem Spiel.

Oft wird der Anstieg von frühen Angststörungen und Depressionen mit sozialen Netzwerken, Bildschirmzeit und Corona erklärt. Laut Gray setzte die Zunahme jedoch schon vor etwa fünfzig Jahren ein, als sich auch das «overparenting» langsam ausbreitete. Offenbar begann der Trend in der – oberen, akademischen – Mittelklasse, die von Abstiegsängsten geplagt wird. Zugleich nahm die Zahl der Geschwister ab und breitete sich populärwissenschaftliches Wissen über Pädagogik und Psychologie aus.

Die Konklusion war: Man muss Kinder so früh wie möglich systematisch fördern, damit sie den Sprung in die höhere Bildung schaffen, als Garant für sozialen Aufstieg oder zumindest Status quo. Das erzieherische Mikromanagement wurde im Laufe der Jahre als vorbildlich und normal angesehen und sickerte von den oberen Klassen in die unteren. Auf einmal galt es als unterschichtstypische, bildungsferne Vernachlässigung, die Kinder «unbeaufsichtigt» zu lassen und sie nicht in jeder freien Minute zu «fördern».

Vergessen ging dabei laut Gray, dass Kinder – sozial, kognitiv, intellektuell, motorisch – am meisten im freien Spiel mit Kameraden lernen. Und auch beim Nichtstun: Gerade Langeweile kann zu neuen Ideen inspirieren. Die «unstrukturiert» verbrachte Zeit ist nicht vergeudet, auch wenn man damit im Gegensatz zu Klavierstunden und Sportklub im Aufnahmeverfahren für Highschool und College nicht punkten kann. Die Optimierungsmanie führt nicht nur bei den Kindern zu Konformitätsdruck und Leistungsdenken, sondern auch bei den Eltern: Alle haben das Gefühl, in verantwortungsloser Art zu wenig für ihren Nachwuchs zu tun.

Hinzu kommen, vor allem in Grosstädten, die Furcht vor Autounfällen, Überfällen, Kidnapping, Pädophilen und allgemein vor der «stranger danger» – die diffuse Angst vor «gefährlichen Fremden». Sie ist auch ein Grund für den Waffenkult. Ausgerechnet die USA, die Selbstverantwortung, Freiheit und Draufgängertum hoch bewerten, sehen, im Gleichschritt mit «woken» Überzeugungen, Kinder und Jugendliche nicht mehr als Entdecker, Forscher und Abenteurer, sondern als verletzte Opfer, die man vor der gefährlichen Welt beschützen muss. Damit sind Ängste vorprogrammiert.

Zu dieser Übervorsicht passen auch die Tendenz zum Homeschooling, das Alkoholverbot bis 21 Jahre, die um sich greifenden Bücherverbote in Schulbibliotheken sowie die Obsession mit Versicherungen und Haftungsaussschuss. So ist es selbst bei Kindergeburtstagen üblich, dass man ein Formular unterschreiben muss, das die Gastgeber vor Klagen im Falle eines Unfalls schützt. Selbst über einer harmlosen Party hängt das Damoklesschwert von Verletzungen, Anwälten und Schadenersatzforderungen.

Der Prozess verstärkt sich im Lauf der Generationen. Die Jungen von heute erinnern sich, im Gegensatz zu den Älteren, nicht mehr, dass es einmal anders war: dass man stundenlang allein oder mit Kameraden draussen spielte, ohne dass sich irgendjemand Sorgen machte deswegen. Für die junge Generation ist pausenlose Betreuung normal, und so wird sie wohl dereinst auch ihre eigenen Kinder aufwachsen lassen. Diejenigen, die selbst unter den verbreiteten Angststörungen leiden, werden erst recht versuchen, ihre Schützlinge gegen Gefahren abzuschirmen, anstatt ihnen Stärke, Mut und Neugierde mit auf den Weg zu geben.

► weitere Perlen auf S. 34 und 36

Vergessen ging dabei laut Gray, dass Kinder – sozial, kognitiv, intellektuell, motorisch – am meisten im freien Spiel mit Kameraden lernen. Und auch beim Nichtstun: Gerade Langeweile kann zu neuen Ideen inspirieren.



Protokoll DV 1.2023/24

vom Mittwoch, dem 20. September 2023, 19.30 – 21.15 Uhr, Coop Tagungszentrum, Muttenz

von Roger von Wartburg

LVB-Delegierte: total 108, anwesend 63
weitere anwesende Mitglieder ca. 40
Vorsitz: Philipp Loretz

Traktanden:

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmzähler

Statutarische Geschäfte

2. Protokoll der DV/MV vom 22. März 2023

3. Jahresrechnung 2022/23, Revisionsbericht

4. Budget für das Geschäftsjahr 2023/24 inklusive Festlegung der Mitgliederbeiträge

Berufspolitische Geschäfte

5. Inside LVB: Die Geschäftsleitung informiert über ausgewählte laufende Geschäfte
6. Diverses

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmzähler

Philipp Loretz heisst die Anwesenden willkommen. Namentlich begrüsst werden die Ehrenmitglieder Christine Weiss und Gabriele Zückert, die beiden Nationalrats-Kandidatinnen Miriam Locher und Andrea Heger sowie Michel von Büren vom Treuhand-Partner TRESO AG.

Als Stimmzähler wird Benjamin Hänni in stiller Wahl gewählt.

Die Traktandenliste wird ohne Wortmeldungen genehmigt.

Statutarische Geschäfte

Stimmberechtigt sind die Delegierten.

2. Protokoll der DV/MV vom 22. März 2023

Ph. Loretz hebt nicht zum ersten Mal die inhaltliche und sprachliche Präzision des Protokolls von Roger von Wartburg hervor und meint, so ein Bericht sei an sich weit mehr als ein herkömmliches Protokoll. In den vielen Gremien, in denen der LVB Einsitz nimmt, gebe es nirgends Protokolle von ähnlicher Qualität.

Das Protokoll wird ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen genehmigt und dem Verfasser R. von Wartburg verdankt. Die Anwesenden spenden Applaus.

3. Jahresrechnung 2022/23, Revisionsbericht

Ph. Loretz übergibt R. von Wartburg das Wort. Dieser betont, dass er sich sehr bemüht habe, den Delegierten zwecks Vorbereitung auf die heutige DV im Voraus alle notwendigen Informationen zur Jahresrechnung transparent in einer schriftlichen Zusammenstellung – zusammen mit der Einladung – zukommen zu lassen. Er möchte entsprechend an dieser Stelle nicht mündlich wiederholen, was alles bereits vorgängig studiert werden konnte, sondern wolle sich auf die wichtigsten Punkte beschränken. Die Erläuterungen zur Jahresrechnung 2022/23 werden überdies im «lvb inform», Ausgabe 2023/24-01, abgedruckt und auch auf der LVB-Website aufgeschaltet werden.¹

Zur Bilanz erwähnt R. von Wartburg nur, dass mittlerweile acht von zehn

Tranchen des Darlehens, das der LVB vor acht Jahren im Zuge der Revision der BLPK hatte aufnehmen müssen, abbezahlt sind. Zwei Tranchen à 15'000 CHF blieben damit noch übrig, in zwei Jahren werde das Darlehen folglich vollständig zurückbezahlt sein und dann aus der Jahresrechnung verschwinden.

Hinsichtlich Erfolgsrechnung verweist R. von Wartburg auf die schriftliche Zusammenstellung, ruft jedoch einige zentrale Elemente in Erinnerung: Die Mitgliedersituation sei schwierig, weil der LVB die zahlreichen Pensionierungen der Babyboomer-Jahrgänge stark spüre. Da viele dieser Mitglieder mit hohen Pensen unterrichtet hatten, hatten sie auch höhere Mitgliederbeiträge entrichtet. Zwar gewinne der LVB laufend Neumitglieder dazu (seit letztem Dezember rund 200 an der Zahl), jedoch gehöre es zu den gegenwärtigen Realitäten inklusive Fachkräftemangel, dass von diesen viele mittlere oder kleine Pensen unterrichteten oder sogar noch in Ausbildung seien. Dadurch müsse quasi jedes Mitglied mit einem hohen Pensum, das in Pension gehe, durch



Maddalena Pezzulla informierte über verschiedene Mengengerüste innerhalb der LVB-Mitgliederbasis.

© Adrian Marbacher

zwei oder drei Neumitglieder mit niedrigeren Pensen und/oder Ausbildungsstatus kompensiert werden.

Verschlimmert werde dieser Fakt durch den Umstand einer sich verschlechternden Zahlungsmoral. Eine wachsende Zahl von Mitgliedern ignoriere einfach die Mitgliederrechnungen sowie nachfolgende Mahnungen, was zu Ausfällen budgetierter Einnahmen führe.

Ebenso hätten der unumgängliche Umzug in eine neue Geschäftsstelle sowie ein überraschender Todesfall beim externen IT-Partner zu zusätzlichen Aufwänden geführt. Ferner spüre der LVB die Teuerung u.a. bei der Produktion der Verbandszeitschrift durch massiv gestiegene Papierpreise, bei postalischen Versänden oder Anlässen aller Art (auch bezüglich Gastronomie) durch erhöhte Preise im Vergleich zu den Jahren davor.

In der Jubilarenkasse seien die Ausgaben höher als budgetiert ausgefallen, weil im Budgetierungsprozess vergessen gegangen war, dass man, zusätzlich zur regulären Jubilarenfeier, noch

eine verschobene aus der Pandemiezeit nachzuholen hatte. Für das neue Geschäftsjahr sei nun aber alles wieder in der Reihe mit einer Jubilarenfeier im Juni 2024.

Die Kampfkasse musste nicht in Anspruch genommen werden. In der Rechtsschutzkasse seien sowohl Kosten für externe Anwalts- und Verfahrenskosten als auch Erlöse durch Prozessgewinne ausgewiesen. Dies gehöre ja zu den Kernelementen der LVB-Dienstleistungen, dass Mitglieder bei Bedarf Anspruch auf juristische Unterstützung hätten, bis hin vor Gericht, falls nötig.

Zur Jahresrechnung 2022/23 gibt es keine Fragen oder Wortmeldungen.

R. von Wartburg blendet den Revisionsbericht der Centra Treuhand AG ein, welcher den Delegierten die Genehmigung der Jahresrechnung 2022/23 empfiehlt.

Die Jahresrechnung 2022/23 wird ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung genehmigt.

4. Budget für das Geschäftsjahr 2023/24 inklusive Festlegung der Mitgliederbeiträge

R. von Wartburg erläutert die vier Varianten des Budgets 2023/24: Eine Spalte zeigt das Budget ohne Annahme von Anträgen hinsichtlich bestimmter Mitgliederbeiträge (Variante A). R. von Wartburg hält fest, dass der LVB ein finanziell schwieriges Jahr wie das letzte durchaus stemmen könne. Auch ein weiteres Jahr in ähnlicher Grössenordnung wäre noch zu stemmen. Jedoch seien Geschäftsleitung und Kantonalvorstand in intensiven Diskussionen zum Schluss gekommen, der DV zum jetzigen Zeitpunkt zwei Anträge zu den Mitgliederbeiträgen vorzulegen, welche die Finanzen stabilisieren sollen.

Der erste der beiden Anträge beinhaltet, dass neu die pensionierten Mitglieder einen Unkostenbeitrag von 30 CHF pro Jahr entrichten sollen. Die Zahl der pensionierten Mitglieder ist mittlerweile auf rund 1400 gestiegen. Bis anhin können sie ohne jedwelchen Unkostenbeitrag von allen Vergünstigungen durch LCH und LVB weiter profitieren, an Anlässen

des Pensioniertenprogramms teilnehmen und auch das «lvb inform» weiterhin zugestellt bekommen.

Pensioniertenobmann R. Zuberbühler habe im Kantonalvorstand selbst gesagt, der Unterschied von früher zu heute sei frappant: Vor ein paar Jahrzehnten habe man als pensioniertes Mitglied keinen Anspruch auf irgendwelche Dienstleistungen mehr gehabt, heute aber, was auch rege genutzt werde, könnten die Pensionierten von den zahlreichen Vergünstigungen profitieren. R. von Wartburg ergänzt, dass dies auch einen Aufwand seitens Geschäftsleitung nach sich ziehe, etwa durch Versände, Anfragen per Telefon oder E-Mail, Beratungen betreffend Vergünstigungen usw. Aus diesen Gründen sei der Kantonalvorstand zur Überzeugung gelangt, ein vergleichsweise kleiner Unkostenbeitrag von 30 CHF pro Jahr sei angemessen.

R. von Wartburg erklärt, dieser Antrag sei für den LVB mit so gut wie keinen finanziellen Risiken verbunden. Selbst wenn – wovon man nicht ausgehe, man habe im Voraus auch einige persönlich bekannte pensionierte Mitglieder um eine Einschätzung gebeten – ein Grossteil der Pensionierten wegen dieses Unkostenbeitrags austreten würde, gingen dadurch nicht Einnahmen verloren, die man bisher hatte. Mit Ausnahme freiwilliger und sehr verdankenswerter Sympathiebeiträge im Umfang einiger tausend Franken pro Jahr seien die Pensionierten bis dato nicht Teil budgetierter Einnahmen gewesen. Würde stattdessen ein Grossteil der pensionierten Mitglieder den neuen Unkostenbeitrag akzeptieren, führe dies zu einem jährlichen Mehrerlös von ca. 40'000 CHF (Variante B).

Sollte die DV diesem ersten Antrag des Kantonalvorstands zustimmen wollen, müsste gleichzeitig § 29.2 der Statuten angepasst werden, in dem die pensionierten Mitglieder bislang als «beitragsfrei» aufgeführt seien. Ein Ja zum Antrag würde demzufolge diese Anpassung der Statuten implizieren.

R. von Wartburg fragt nach Wortmeldungen zum ersten Antrag.

Eine Delegierte fragt, wie man auf die Höhe des Betrags von 30 CHF gekommen sei. R. von Wartburg antwortet, im Kantonalvorstand sei man zum Schluss gekommen, dass dieser Betrag den meisten Betroffenen wohl nicht allzu sehr wehtun würde, in der Summe aber dennoch einen respektablen Mehrerlös für den Verband generieren könne.

Ein Delegierter erkundigt sich nach der Kommunikation gegenüber den pensionierten Mitgliedern und ob man diesen nicht die Gelegenheit geben wolle, auch mehr als 30 CHF zu zahlen. R. von Wartburg erwähnt das geplante Informationsschreiben, mit dem man sie über die aktuelle Situation informieren wolle. Die 30 CHF würden darin explizit als Mindestbeitrag deklariert. Wer dies wolle, könne, wie bisher, aus freien Stücken selbstverständlich auch mehr Geld überweisen.

Ein Delegierter schlägt vor, nicht einen Fixbetrag von 30 CHF zu veranschlagen, sondern ein Spektrum zwischen 20 und 40 CHF, aus dem das einzelne pensionierte Mitglied nach eigenem Gutdünken wählen könnte. Der Delegierte stellt dieses Modell dem Antrag des Kantonalvorstands als Gegenvorschlag gegenüber. In der Abstimmung darüber favorisiert die DV den Antrag des Kantonalvorstands mit grossem Mehr, das nicht ausgezählt wird, gegenüber 2 Stimmen zugunsten des Gegenvorschlags.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zum ersten Antrag.

Der erste Antrag zur Einführung eines Unkostenbeitrags für pensionierte Mitglieder im Umfang von 30 CHF pro Jahr sowie die damit verknüpfte Statutenänderung von § 29.2 werden einstimmig und ohne Enthaltungen angenommen.

R. von Wartburg leitet über zum zweiten Antrag des Kantonalvorstands. Neu soll der in den Jahresbei-

trag integrierte Beitrag für die LVB-Rechtsschutzkasse für alle Mitglieder, unabhängig vom Pensum, 65 CHF pro Jahr betragen. Bis anhin war der Beitrag für die Rechtsschutzkasse nach Pensengrösse abgestuft gewesen (kleine, mittlere und grosse Pensen).

Im Kantonalvorstand seien auch andere Szenarien diskutiert worden, so etwa die Weitergabe der Teuerung an alle Beitragskategorien. Davon sei man aber nicht zuletzt deswegen abgerückt, um die Mitglieder mit grossen Pensen, die schon jetzt den weitaus grössten Teil der Einnahmen generieren, nicht zusätzlich zu belasten. Eine deutliche Mehrheit der LVB-Aktivmitglieder zählt zu dieser Kategorie mit grossen Pensen (67-100 %). Hierin habe der Kantonalvorstand ein gewisses Risiko hinsichtlich allfälliger Austritte im Affekt gesehen, auch wenn der tatsächliche Frankenbetrag im Falle einer teuerungsbedingten Erhöhung nicht wirklich gross gewesen wäre.

Schliesslich sei man in der Diskussion auf die Frage gestossen, weshalb eigentlich der Beitrag für die Rechtsschutzkasse auch nach Pensen abgestuft sei. Schliesslich hätten alle Aktivmitglieder, von kleinen bis grossen Pensen, das identische Anrecht auf Leistungen des LVB-Rechtsschutzes. Entsprechend können alle Aktivmitglieder auch gleich hohe Kostenfolgen durch Dienste des Ressorts «Beratung und Rechtshilfe», Anwalts- oder Gerichtskosten auslösen. Der Grad der Unterstützung durch den LVB ist nicht abgestuft nach Pensengrössen. Tatsächlich sei es so, dass Mitglieder mit kleinen und mittleren Pensen häufig den LVB-Rechtsschutz beanspruchen, weil sie etwa hinsichtlich Verträge, Arbeitszeit oder Kündigungsschutz ihre Rechte verletzt sehen würden.

Vor diesem Hintergrund entstand der zweite Antrag des Kantonalvorstands auf Angleichung des Beitrags zugunsten der LVB-Rechtsschutzkasse auf 65 CHF für alle Aktivmitglieder. Dadurch würden die Beiträge der Mitglieder mit kleinen Pensen um 35 CHF, jene

Roger von Wartburg führte durch die Anträge zum Budget für das neue Geschäftsjahr.



der Mitglieder mit mittleren Pensen um 20 CHF steigen. Der Transparenz halber räumt R. von Wartburg ein, dass dieser zweite Antrag im Kantonalvorstand etwas umstrittener gewesen sei als der erste. Als Folge der Erhöhungen ist es vorstellbar, dass manche Mitglieder mit kleinen oder mittleren Pensen ihren Austritt erklären werden. Entsprechend berge er ein gewisses finanzielles Risiko.

Auf der anderen Seite könnten durch diese Massnahme, sollte sie von den meisten Betroffenen akzeptiert werden, zusätzliche Einnahmen von ca. 20'000 CHF pro Jahr erzielt werden (Variante C).

R. von Wartburg fragt nach Wortmeldungen zum zweiten Antrag. Eine Delegierte sagt, sie habe gerade erst im Konvent Werbung für den LVB ge-

macht und dabei die bestehenden Beiträge gezeigt. Sie fände es etwas schwierig, wenn sich diese Zahlen nun verändern würden. Ob eine Anpassung per Schuljahr 2024/25 nicht auch denkbar wäre. R. von Wartburg entgegnet, die Mitgliederbeiträge würden immer erst zusammen mit der Jahresrechnung des vergangenen und dem Budget für das neue Geschäftsjahr an der DV im September festgelegt. Nur so könne man auf die definitive Version der Jahresrechnung noch reagieren. Andernfalls müsste man die DV in den Sommerferien abhalten, aber selbst dann würde es zeitlich nicht aufgehen, da das LVB-Geschäftsjahr jeweils per 30.6. ende, dann die Jahresrechnung finalisiert werde, die Revisionsstelle ihre Arbeit erledige und das neue Schuljahr schon per 1.8. beginne. Ausserdem wolle man die beiden Schritte in Gestalt der beiden Anträge nun gemeinsam machen und nicht dieses Jahr einen und dann in einem Jahr schon wieder einen.

Ergänzend erwähnt R. von Wartburg den «Sparfuchs»-Flyer des LVB, der per Newsletter unlängst verbreitet worden sei. Dort habe man bewusst ganz konkrete Beispiele aufgelistet, wie man als Aktivmitglied durch die attraktiven Vergünstigungen ein Vielfaches des Mitgliederbeitrags einsparen könne. Mit diesem Flyer habe die Geschäftsleitung gerade ein wenig antizipieren und abschwächen wollen, was allfällige Beitragserhöhungen emotional auslösen könnten. Man müsse den Mitgliedern immer und immer wieder vor Augen führen, auf wie viele Arten sie von ihrer Mitgliedschaft profitieren können. Und dabei seien die «klassisch gewerkschaftlichen» Erfolge wie die errungenen Teuerungsausgleiche ja noch nicht einmal eingerechnet. Leider würden sich zu viele Mitglieder hierüber zu wenig informieren, obwohl der LVB kommunikativ alle Kanäle zu bespielen versuche (Newsletter, Verbandszeitschrift, Website, Infoflyer usw.).

Eine Delegierte sagt, als bestehende Helvetia-Kundin sei sie leider nicht in

Philipp Loretz gewährte Einblicke in die Medienarbeit des LVB.



den Genuss der Rabatte gekommen, diese seien Neukunden vorbehalten. Im gleichen Atemzug meint sie aber, 65 CHF für die Rechtsschutzkasse müsse einem sein Berufsverband einfach wert sein, zumal sie wisse, wie gut beim LVB für die Mitglieder geschaut werde.

Ein Delegierter berichtet, er werbe an seiner Schule immer mit Monats- statt mit Jahresbeträgen, sprich: Klein-

pensler würden weniger als 15 CHF, Mittelpensler weniger als 25 CHF und Grosspensler weniger als 30 CHF pro Monat bezahlen. Er empfiehlt dem LVB, auch vermehrt in diese Richtung zu kommunizieren.

Ein Delegierter gibt zu bedenken, dass private Rechtsschutzversicherungen viel teurer seien als die berufliche Rechtsschutzversicherung beim LVB. Er habe schon beide genannten

Versicherungen in Anspruch nehmen müssen, und im Unterschied zur privaten Rechtsschutzversicherung sei ihm beim LVB ohne bürokratische Hürden umfassend geholfen worden.

Ein weiterer Delegierter erachtet den Beitrag für Kleinpensler als etwas hoch. Gerade im Sinne der Nachwuchsförderung müssten die vielen Studierenden, die aktuell an Schulen in kleinen Pensen arbeiten, mit tieferen Beiträgen an den LVB herangeführt werden. R. von Wartburg entgegnet, dass Mitglieder in Ausbildung beitragsfrei seien, solange sie nicht mehr als 50 % unterrichten würden. Damit gibt sich der Votant zufrieden.

Ein anderer Delegierter betont die Wichtigkeit der Mitgliederwerbung unter den Studierenden, die jetzt schon an den Schulen tätig sind. Wenn diese nun beitragsfrei Mitglieder würden, von Dienstleistungen profitierten und schrittweise verstünden, was der LVB alles tue, dann erhöhe dies die Chancen markant, dass sie nach ihrer Ausbildung im Verein bleiben würden. R. von Wartburg streicht heraus, dass der LVB durchaus erfolgreich sei bei der Neuanwerbung von Mitgliedern in Ausbildung.

Ein Delegierter nimmt Bezug auf das vorherige Votum zu den Helvetia-Vergünstigungen und berichtet, ihn habe man auch auf diese Weise abspesen wollen; als er sich gewehrt habe, habe er am Ende doch die 20 % Rabatt erhalten. Er könne diese Vorgehensweise also empfehlen. Die Anwesenden zeigen sich amüsiert.

Ein weiterer Delegierter begrüsst sehr, dass die Beiträge für die Mitglieder mit grossen Pensen nicht weiter erhöht werden sollen. Der Lohn sei nach abgeschlossener Ausbildung noch nicht so hoch wie später und da sei ein Betrag von rund 350 CHF schon nicht gerade wenig. Im Weiteren hebt er noch einmal hervor, wie wichtig eine umsichtige und gut nachvollziehbare Kommunikation der geplanten Erhöhungen gegenüber den Betroffenen sei. R. von Wartburg bedankt

sich für den Input und betont, wie bewusst ihm eine geeignete Kommunikation sei. Er habe sich schon viele Gedanken dazu gemacht.

Ein anderer Delegierter meint, man solle die Vergünstigungs-Möglichkeiten aber auch nicht zu sehr in den Vordergrund rücken unter dem Motto: Man geht zum LVB, um Geld zu sparen. Dies werde dem Sinn und Zweck dieses Vereins nicht gerecht. Es sei wichtig, auch mit anderen Argumenten junge Kolleginnen und Kollegen von einem Beitritt zu überzeugen. R. von Wartburg erwidert, gerade die Aktion mit dem «Sparfuchs-Flyer» habe einmal mehr aufgezeigt, wie heterogen die LVB-Basis sei. Auch da seien teilweise Rückmeldungen eingegangen wie das zuvor Gesagte, im Sinne von: Beim LVB gehe es doch primär um die Qualität des Bildungswesens und die Solidarität innerhalb des Berufsstandes – und nicht um Sparangebote. Aber andererseits hätten andere Mitglieder auch geschildert, dass sie genau mit so konkreten Vergünstigungsaktionen junge Berufsleute für einen Beitritt hätten gewinnen können. Diese Heterogenität mache die Kommunikation nicht einfacher und man versuche, allen so gut wie möglich gerecht zu werden.

R. von Wartburg macht klar, dass aus seiner Sicht eine LVB-Mitgliedschaft für Baselbieter Lehrpersonen so selbstverständlich sein sollte wie eine Krankenversicherung. Schliesslich sei der LVB die einzige Institution im Kanton, die sich auf allen Ebenen – finanziell, politisch, rechtlich – ausschliesslich für die Interessen der Lehrerschaft einsetze. Nur leider würden (zu) viele Lehrpersonen diesen Sachverhalt ignorieren, allen Bemühungen zum Trotz. Aber man bleibe immer weiter dran.

Drei weitere Voten von Delegierten bringen zum Ausdruck, dass der Beitrag erst noch von den Steuern abgezogen werden könne, dass die zuvor geäusserte Strategie, stärker mit Monats- als mit Jahresbeträgen zu kommunizieren, sinnvoll wäre und dass der Mitgliederbeitrag sogar niedri-

ger sei als die Parkgebühren vor dem Schulhaus.

Der zweite Antrag zur Angleichung der Rechtsschutzkassen-Beiträge auf 65 CHF für alle Aktivmitglieder, unabhängig von ihren Pensen, wird einstimmig und ohne Enthaltungen angenommen.

Als Folge davon liegt der Fokus damit auf Budgetvariante D, die mit den Mehrlösen durch die Annahme beider Anträge kalkuliert.

Das Budget für das Geschäftsjahr 2023/24 wird ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen genehmigt.

R. von Wartburg bedankt sich für die angeregte Diskussion und verspricht, dass die darin geäusserten Inputs mitgenommen werden. Bevor er das Wort wieder an Ph. Loretz übergibt, betont R. von Wartburg, dass die Geschäftsleitung neben der Einnahmen- auch die Ausgabenseite im Auge habe. Es werde genau überprüft, wo Einsparungen möglich seien, ohne an Qualität einzubüssen. Auch hierzu liessen sich Überlegungen und Planungen in der schriftlichen Zusammenstellung, welche die Delegierten erhalten haben, finden.

Berufspolitische Geschäfte

5. Inside LVB: Die Geschäftsleitung informiert über ausgewählte laufende Geschäfte

Ph. Loretz erläutert, dass man heute für einmal bewusst keine externen Referenten oder Gesprächsgäste eingeladen habe, sondern dass die Geschäftsleitung ganz konkret darüber Auskunft geben wolle, womit sie – unter anderem – aktuell beschäftigt ist.

Der Reigen wird eröffnet durch Präsident Ph. Loretz. Er pickt aus seinem breiten Betätigungsfeld die Medienarbeit heraus und erläutert diese anhand des Beispiels der Hitzewelle nach den Sommerferien. Ursprung war eine E-Mail von einem Baselbie-

ter Gymnasium gewesen, in der der LVB gefragt wurde, ob es arbeitsrechtlich überhaupt vertretbar sei, bei derart hohen Temperaturen den Unterrichtsbetrieb aufrechtzuerhalten. In der Folge hätten R. von Wartburg und er sich Gedanken gemacht, wie man diese Problematik medienwirksam ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken könne. Ein Excel-File zum Erfassen der Temperaturen in den Schulzimmern sei erstellt und ein Newsletter resp. Aufruf zur Temperaturmessung dazu versandt worden. Daraufhin seien massenhaft Messungen von Mitgliedern beim LVB eingegangen. Mithilfe dieser Datenbasis konnte eine Medienmitteilung verfasst werden, die alle relevanten Faktoren benannte: Lufttemperatur, Luftfeuchtigkeit, CO₂-Wert und Aerosol-Last.

Nach dem Versand so einer Medienmitteilung gehen alsbald Reaktionen und Anfragen für Interviews von Medienschaffenden ein: Print, Radio, TV. Auch bei der «vierten Gewalt» mache sich allerdings zunehmend der Fachkräftemangel bemerkbar. Immer häufiger seien Praktikantinnen und Praktikanten im Einsatz, denen man gelegentlich ein wenig unter die Arme greifen müsse. Generell wisse man oft nicht wirklich, welche Gesprächsschnitte es schlussendlich in die Radio- und TV-Beiträge schaffen würden, das lasse sich halt nicht ändern. Anschliessend komme die politische Ebene hinzu: Mit Landratsmitgliedern, welche die Thematik als relevant einstufen, könne man über allfällige Vorstösse diskutieren, sie mit Informationen bestücken usw. Und dank solcher Vorstösse erhöhe sich dann der Druck auf die Verantwortlichen, bessere Lösungen zu suchen.

Als zweites Beispiel nennt Ph. Loretz die LVB-Medienkonferenz zur grossen Mitgliederbefragung zu den Belastungsfaktoren im Lehrberuf von Anfang Jahr. Am Ursprung habe die professionell konzipierte und ausgewertete Befragung gestanden, für die R. von Wartburg verantwortlich gezeichnet hatte. Das Echo auf besagte Medienkonferenz war sehr

gross gewesen. Und besonders erfreulich sei es dann, wenn man von Menschen ohne persönlichen Bezug zum Bildungswesen auf einen Medienbericht angesprochen werde und zu hören bekomme, man habe sich interessiert, gut verständlich und «ohne Gejammer» geäussert. Es sei wichtig, durch qualitativ überzeugende Medienauftritte das Image des Berufsstandes zu pflegen. Bei allfälligen Abstimmungen u.ä. sei es entscheidend, dass die Menschen ein positives Bild der Lehrerschaft haben. Dazu trage jede professionell agierende Lehrperson bei und der Berufsverband LVB könne durch seine Öffentlichkeitsarbeit ebenfalls mithelfen. Daneben wurden die vom LVB durch die Befragung herauskristallisierten Themen (z.B. Bürokratieabbau, Klärung Teilautonomie, Integrative Schule, Überfrachtung Primarstufe) durch die BKSD aufgenommen und den verschiedenen kantonalen Gremien zur Diskussion und Bearbeitung zugeordnet.

Die Befunde seiner Mitgliederbefragung könne der LVB überdies in den Debatten zu allfälligen Notfallmassnahmen infolge des Lehrpersonemangels nutzen. Durch die von der Basis gestützten Positionen wisse der LVB genau, wozu er Ja sagen könne und was er konsequent ablehnen müsse. Notfallmassnahmen, welche das bestehende Personal zusätzlich belasten, kämen für den LVB nicht in Frage.

Als nächstes ist Geschäftsführerin Maddalena Pezzulla an der Reihe. Sie bekräftigt Ph. Loretz' Aussage, wonach die Auswahl der Interview-Ausschnitte in den Medienbeiträgen für die Interviewten durchaus überraschend sein könne. Sie habe zwar noch nicht viel Erfahrung bezüglich Medienarbeit gesammelt, aber unlängst sei es ihr bei einem Telebasel-Bericht hinsichtlich ihrer Mitwirkung genau so ergangen.

In der Folge berichtet M. Pezzulla von verschiedenen Themen aus ihrem Verantwortungsbereich, u.a. die erfolgreichen Vorsorge-Workshops für Mitglieder im Verbund mit dem exter-



nen Partner VVK, die Profitcenter, die Buchhaltung und die Mitgliederverwaltung. Mithilfe verschiedener Grafiken und Analogien zu den Zutaten einer Pizza illustriert M. Pezzulla die Mengengerüste der LVB-Mitglieder nach mehreren Kriterien, etwa Aktivmitglieder und Mitglieder in Ausbildung vs. Pensionierte, Schulstufen, Geschlechter, Pensen (gross, mittel, klein), Regional- vs. Verbandssektionen. Speziell interessant: Auf der Primarstufe sind fast 90 % der LVB-Mitglieder weiblich, auf der Sek I ist das Verhältnis praktisch ausgeglichen und auf der Sek II sind die Männer noch leicht in der Überzahl.

Hinsichtlich Mitgliederzahlen bekräftigt M. Pezzulla das Votum R. von Wartburgs, wonach der LVB die Pensionierungen der Babyboomer-Generation spüre. So seien in den letzten zwei Jahren rund 110 Mitglieder in Pension gegangen. Und von den jüngeren Mitgliedern und/oder Lehrerinnen, die selbst schulpflichtige Kinder haben, würden viele Teilzeit arbeiten. Aus E-Mails im Zusammenhang mit Austritten nehme M. Pezzulla wahr, wie der notwendige Solidaritätsgedanke und auch das politische Bewusstsein bei vielen Lehrpersonen leider schon schwinde. Der LVB tue alles, um diese Werte zu stärken, und sie bitte gerade auch die

Delegierten darum, hierbei weiterhin mitzuhelfen.

Isabella Oser, Ressortleiterin Beratung und Rechtshilfe, eröffnet ihren Beitrag mit dem Bekenntnis: «Der LVB lässt Sie nicht im Regen stehen!» Mit einer Mitgliedschaft verfüge man über eine Rechtsschutzversicherung für arbeitsrechtliche Belange.

In der Folge geht I. Oser konkret auf Themenbereiche ein, mit denen sie in ihrer Tätigkeit immer wieder zu tun hat. Dazu gehört u.a. der Umgang mit befristeten Verträgen. Diese würden zu oft ohne statthafte juristische Begründung nicht in unbefristete Verträge umgewandelt, wogegen I. Oser dann zusammen mit dem Mitglied Beschwerde führt. Auch Arbeitszeugnisse mit formalen und/oder inhaltlichen Fehlern landen wiederholt auf I. Osers Schreibtisch. Sie helfe dabei, Korrekturen zu erwirken. Gerade Konventsvorstände lassen sich von I. Oser beraten, wenn sie ihre Mitwirkungsrechte an der Schule unangemessen beschränkt oder missachtet sehen. Auch die Zuständigkeit für die Organisation von Stellvertretungen im Krankheitsfall führe regelmässig zu Irritationen zwischen Lehrpersonen und Schulleitungen, welche I. Oser beilegen helfe.



Welche Gesprächsausschnitte es schlussendlich in die Radio- und TV-Beiträge schaffen, weiss man in der Regel nicht. Dies gehört zu den Tücken der Medienarbeit.

Statistisch gesehen unterhält I. Oser pro Monat durchschnittlich ca. 40 Kontakte mit Mitgliedern. Diese seien hinsichtlich Komplexität und Umfang natürlich höchst unterschiedlich. Bei wiederkehrenden Fragen genüge eine kurze Antwort mit den wichtigsten Fakten, in anderen Fällen sei ein langfristiges Engagement ihrerseits zugunsten des Mitglieds erforderlich. Die Beratungen erfolgen mehrheitlich per E-Mail, daneben auch per Telefon (dies oft ausserhalb der Bürozeiten, bis hin zum Wochenende) und «physisch» in der LVB-Geschäftsstelle in Reinach oder begleitend als Beistand an den jeweiligen Schulorten der Mitglieder für sogenannte Zweitegespräche, wenn das Mitglied z.B. mit einem MAG nicht einverstanden war, oder auch im Rahmen des rechtlichen Gehörs in Anwesenheit des Schulrats.

I. Oser merkt an, dass sie innerhalb der achteinhalb Jahre, in denen sie ihr Ressort mittlerweile verantwortet, sehr viel gelernt habe und entsprechend viele Fälle ohne externe juristische Hilfe bewältigen könne. Es gebe aber Fälle, von denen sie bewusst die Finger lassen müsse, da sie keine Juristin ist. Dann ziehe der LVB auf öffentliches Recht spezialisierte Anwälte/-innen bei, auch für Expertisen und Gutachten. Beispiele für erfolgreiche Vorgehen dieser Art seien etwa der

Sieg vor Kantonsgericht betreffend Vergütung der Arbeit in Mehrjahrgangsklassen oder der Sieg vor Bundesgericht im Kontext eines Konflikts mit der Unfallversicherung gewesen. Über beide Fälle war im «lvb:inform» und via Newsletter berichtet worden.

Sodann ergreift Martin Loppacher das Wort und erklärt, dass insbesondere Personalfragen und sozialpartnerschaftliche Anliegen zu seinem Tätigkeitsbereich gehören. Daneben ist er auch LVB-Vertreter in der Ständepolitischen Kommission (StaKo) des LCH, worauf er jedoch an dieser Stelle nicht näher eingehen werde. Gemeinsam mit M. Pezzulla nimmt er überdies innerhalb des vierkantonalen Bildungsraums Nordwestschweiz an den periodischen Austausch-Treffen mit der Direktion der PH FHNW teil.

Spezifisch etwas sagen will M. Loppacher zur Arbeitsgemeinschaft Basellandschaftlicher Personalverbände (ABP), der neben dem LVB auch der PVPBL (Polizei BL), der VSG (Staats- und Gemeindepersonal) und der vpod (öffentlicher Dienst) angehören. Die ABP erarbeitet Mitberichte und Stellungnahmen zu allen das Personal betreffenden geplanten Änderungen von Erlassen und Verordnungen. Ebenfalls stark involviert ist die ABP in den Gremien der Basellandschaftlichen Pensionskasse BLPK, und zwar sowohl im Verwaltungsrat als auch in der Vorsorgekommission und der Delegiertenversammlung. Der LVB alleine stellt aktuell je zwei Verwaltungsrats- und Vorsorgekommissions-Mitglieder, hinzu kommen 13 Delegierte.

In den Zuständigkeitsbereich der ABP gehört auch die sogenannte Bewertungskommission, welche Vorschläge zur Lohnbandeinreihung der verschiedenen Personalkategorien zuhanden des Regierungsrats erarbeitet. Diese paritätisch zusammengesetzte Kommission hat leider schon länger nicht mehr getagt, stattdessen hat die Regierung Anfang September das Projekt «Modernisierung Lohnsystem» gestartet, mit dem Ziel, Anpassungen vorzunehmen am bestehenden Lohnreihungssystem. Die ABP ist mit

vier Personen in der Projektstruktur vertreten und wird sich je nach Fortgang des Projekts überlegen müssen, ob sie den Veränderungen zustimmen können wird oder nicht. Aus Gründen der Vertraulichkeit kann an dieser Stelle jedoch nichts Konkretes verraten werden.

Zu guter Letzt ist R. von Wartburg an der Reihe. Er sagt, er sei während der Schilderungen der Kolleginnen und Kollegen ein wenig ins Nachdenken gekommen und habe festgestellt, dass er, in seinem 13. Jahr als Mitglied der LVB-Geschäftsleitung stehend, davon 8 Jahre als Präsident, mittlerweile das Urgestein auf der Bühne verkörpere. Seit der Übergabe des Präsidiums 2022 an Ph. Loretz habe sich seine Rolle verändert. Den grössten Teil der Gremienarbeit hat er an Ph. Loretz übertragen, worüber er sich freut, da er nach den 8 Jahren als Präsident schon das Gefühl einer «Gremien-Überdosis» verspürt habe. Er werde intern als «Formulator» bezeichnet, da er gerade im schriftlichen Bereich die Hauptverantwortung trage, so als Redaktor, Hauptautor und Lektor des «lvb:inform», beim Verfassen von Protokollen, Stellungnahmen, Vernehmlassungsantworten, Mitberichten, Newslettern, Medienmitteilungen oder Mitgliederbefragungen (inkl. Auswertung); ebenso obliegt R. von Wartburg die Organisation von Anlässen aller Art (DV, Jubilarenefeiern, KV-Essen usw.).

Darüber hinaus erwähnt R. von Wartburg die sogenannte LVB-Themenhüterschaft, die er sich mit Ph. Loretz teilt. Dieser habe nur unter der Bedingung das Präsidium übernommen, dass R. von Wartburg mit dabeibleibe und sie eine ganz enge Zusammenarbeit pflegen würden. Dies bedeutet, dass Ph. Loretz zwar die Sitzungen in den Gremien übernimmt, davor und danach aber sämtliche Themen und Dokumente – in aller Regel täglich – mit R. von Wartburg bespricht, Strategien entwickelt und abwägt, mögliche Vorgehensweisen skizziert usw. R. von Wartburg betont, wie wichtig so eine zweite Person für den Präsidenten oder die Prä-

sidentin sei; er selbst habe während seiner eigenen Präsidentschaft mit dem damaligen Geschäftsführer Michael Weiss eine ähnlich intensive Zusammenarbeit unterhalten. Als LVB-Präsident sei man mit dermassen vielen Geschäften und Anfragen parallel befasst, müsse den Überblick behalten, priorisieren und oft auch kurzfristig Entscheide fällen, dass es zusätzlich eine vertraute Person brauche, die sich ebenfalls in die Geschäfte eindenke, einem den Spiegel vorhalte, einen zusätzlichen Blickwinkel und weitere Argumente einbringe und dabei helfe, die Übersicht nicht zu verlieren.

Schliesslich hebt R. von Wartburg ein wiederkehrendes Geschäft hervor, an dem er alljährlich tatkräftig mitarbeitet: die Lohnrunde. Jeweils im Sommer beginne man damit, Unterlagen zu studieren (z.B. vom SECO, dem Bundesamt für Statistik, dem Gewerkschaftsbund, den Arbeitgeberorganisationen usw.), schaut, was in anderen Kantonen laufe, wie sich die Prognosen bzgl. Teuerung oder Krankenkassenprämien entwickeln etc. In der ABP wird dann im Verbund mit den anderen Personalverbänden die gemeinsame Strategie für die Baslerbieter Lohnrunde erarbeitet. Im Spätsommer gibt es eine erste Besprechung mit dem Finanzdirektor und seinem Kader, in der man sich über Zahlen, Vorhersagen, die finanzielle Situation des Kantons usw. austauscht. Im Anschluss daran muss die ABP über ihre definitiven Lohnforderungen entscheiden und diese dann auch kommunizieren. Im vergangenen Jahr habe die ABP neben den 2.5 % Teuerungsausgleich gemäss Berechnungsmodell des Kantons Baselstad zusätzlich 0.8 % Teuerungsausgleich wegen den erneut stark steigenden Krankenkassenprämien gefordert und zusätzlich die Forderung nach 2 % Realloohnerhöhung, die noch aus der Zeit vor der Pandemie stammte, wieder hervorgeholt und bekräftigt.

Kommunizieren müsse man dann nicht nur gegenüber der Arbeitgeberseite, sondern auch medial, um

die Öffentlichkeit für die Thematik zu sensibilisieren, und gegenüber dem Landrat, der letzten Endes die Beschlüsse zu fällen hat. Im Mitbericht des Regierungsrats zuhanden des Landrats kann die ABP ihre Forderungen einbringen und begründen. Je nach Bedarf gibt es eine zweite Verhandlungsrunde zwischen ABP und Finanzdirektion. Im Herbst wird dann eine Delegation der ABP in die landrätliche Personalkommission eingeladen, um dort ihre Forderungen zu erläutern und die Vertretungen der verschiedenen Fraktionen davon zu überzeugen versuchen. Ausserhalb des Rampenlichts sei in jener Phase das Networking in den Landrat hinein wichtig. Man spricht also mit Mitgliedern aus unterschiedlichen Fraktionen, lotet Positionen aus und schaut, wo es (volle oder teilweise) Unterstützung für die Forderungen der ABP geben kann. Dabei geht es auch um ganz konkrete Anträge für die Budgetdebatte im Landrat. In diesem Zusammenhang windet R. von Wartburg seinem Nachfolger Ph. Loretz ein Kränzchen; dieser habe das Networking mit dem Landrat auf einen neuen Level gehoben, sodass der LVB heute über Ansprechpersonen in allen Fraktionen verfüge.

Und wie ist das nun letztes Jahr gelaufen? Die SP stellte Antrag auf die von der ABP geforderten 2 % Realloohnerhöhung, im Wissen darum, dass die Chancen dafür nicht sehr hoch waren. Dank der GLP gab es aber einen zweiten Antrag im Umfang von 1 % Realloohnerhöhung. Offenbar räumte die Regierung diesem Antrag gewisse Chancen ein, sodass sie ihrerseits einen Antrag auf 0.5 % Realloohnerhöhung stellte, der schliesslich im Landrat durchkam. Anhand dieses Beispiels könne man hoffentlich nachvollziehen, wie der LVB gemeinsam mit der ABP strategisch vorgehen müsse, um gesteckte Ziele erreichen zu können. Und ja, man dürfe und solle über solche Beispiele auch in den Kollegien berichten, um jenen, die sich weder informierten noch interessierten, aufzuzeigen, warum die Arbeit des LVB so eminent wichtig sei.

Die Anwesenden spenden den Mitgliedern der Geschäftsleitung für ihre Ausführungen anerkennenden Applaus.

6. Diverses

Ein Delegierter fragt, was nun eigentlich im Kanton konkret gegen den Lehrpersonenmangel unternommen werde. Ph. Loretz meint, zu diesem Thema könnte er einen Roman schreiben, gefühlt hätten schon 100 Sitzungen im kantonalen Projektteam dazu stattgefunden und es würden dort auch teilweise die Fetzen fliegen. Gefreut habe ihn, dass SP-Landrat Jan Kirchmayr in seiner Interpellation viele Befunde der LVB-Mitgliederbefragung aufgenommen habe. Die detaillierte Antwort der Regierung darauf liege nun vor und sei online einsehbar.

Harte Diskussionen würden über allfällige Notfallmassnahmen geführt. Allerdings lehne der LVB verschiedene Vorschläge von anderer Seite ab, weil diese nur das bestehende Personal weiter belasten würden, wie er bereits vorher erläutert habe. Der LVB habe in Gestalt seiner Forderungen, abgeleitet aus der Mitgliederbefragung, diverse Massnahmen auf dem Silbertablett serviert, um die Belastung der Lehrpersonen zu reduzieren und sie dadurch motivieren

© swisshippo – stock.adobe.com



zu können, ihre Pensen zu erhöhen. Dies müsste aus Sicht des LVB ohnehin zuerst an sämtlichen Schulen geschehen: Die Schulleitungen sollten alle Teilzeit-Lehrpersonen fragen, was sich vor Ort verändern müsse, damit sie bereit wären, mehr Lektionen zu erteilen. Leider würden sich andere Akteure gegen diesen LVB-Vorschlag sträuben. Und auch wenn es auf den ersten Blick paradox erscheinen möge, so sei auch die Wiedereinführung der Altersentlastung für Lehrpersonen zwingend, führt Ph. Loretz weiter aus. Ziel sei es ja, die Lehrpersonen möglichst lange, gesund und leistungsfähig im Schulbetrieb halten zu können.

Positiv wertet Ph. Loretz Bestrebungen, Quereinsteigern/-innen einen Ausbildungslohn zahlen zu wollen, wenn sie berufsbegleitend in den Lehrberuf wechseln wollen (gekoppelt an eine anschliessende Anstellungsverpflichtung oder andernfalls Rückzahlung). Auch Mentorate für Quereinsteiger/-innen seien wichtig, jedoch streite man hierbei, je nach Stufe, noch über die Ressourcierung.

Ein Delegierter, der selbst auf der Sekundarstufe II arbeitet, fragt, was der LVB unternehme, um die Verdienstmöglichkeiten von Lehrpersonen an der Volksschule zu verbessern, wo die

unterschiedlichen Belastungen der Kolleginnen und Kollegen sehr hoch seien. Ph. Loretz verweist auf den erwähnten Forderungskatalog des LVB im Anschluss an die Mitgliederbefragung. Darin ist explizit auch die Forderung nach einem höheren Lohnband für die Primarstufe enthalten. Die Entlohnung der Primarlehrpersonen sei aktuell Gegenstand der Diskussion im Projektteam Lehrpersonenmangel. Man begutachte Statistiken im interkantonalen Vergleich, wobei es auch hier teilweise Dissens gebe darüber, welche Faktoren alle miteinbezogen würden resp. müssten (Einstiegs- und Maximallohn, Lohnkurve, Pflichtstundenzahlen, Klassengrössen, Anzahl Ferienwochen und Feiertage usw.). Lohnband 12 für die Primarstufe sei das erklärte Ziel des LVB. Erreicht habe man vergangenes Jahr, nach langem Kampf, endlich die Klassenlehrpersonen-Entlastung auf ebendieser Stufe. Allerdings müsse man sehen, dass viele Gemeinden, als Träger der Primarschulen, diese zusätzliche finanzielle Belastung gar nicht gerne gesehen und sich dagegen gewehrt hätten.


Eine Delegierte erkundigt sich nach der Lohnband-Situation für Fachlehrpersonen, konkret Textiles Gestalten, deren Ausbildung heute gar nicht mehr vergleichbar angeboten wird.

Ph. Loretz merkt an, auch die Forderung nach einer Verbesserung für diese (teilweise fälschlicherweise so bezeichneten) Monofachlehrpersonen halte der LVB schon seit Jahren aufrecht. Aktuell werde die Thematik seitens LVB mit der Leitung Abteilung Personal der BKSD bearbeitet.

Eine Delegierte fragt nach Kleiderordnungen an den Schulen. An ihrer Schule würden Schülerinnen und Schüler teilweise im Pyjama oder mit Adiletten in den Unterricht kommen. Ph. Loretz erläutert, dass es hierzu einen landrätlichen Vorstoss gegeben habe, in der Antwort der Regierung jedoch hervorgehoben worden sei, dass mit Verweis auf die Persönlichkeitsrechte weitgehend eine rechtliche Handhabe fehle. Der LVB höre aber immer wieder von Schulen, dass Handlungsbedarf bestehe. Wie die Praxis zeige, erweise es sich als schwierig, Regeln durchzusetzen, wenn sich Erziehungsberechtigte dagegen wehrten. Was Ph. Loretz erstaune, sei, dass es Schulen mit Kleiderordnungen gebe, die offenbar Bestand hätten, ohne dass sich Widerstand rege, während andernorts gar nichts (mehr) dazu existiere.

Eine Delegierte erkundigt sich nach dem Themenkomplex «Klassengrösse, Doppelbesetzung und Arbeitszeit im Kindergarten». Ph. Loretz entgegnet, die Frage der Doppelbesetzung sei schon vor dem Hintergrund des Lehrpersonenmangels schwierig, jene der Arbeitszeit – Stichwort: permanente Aufsichtspflicht in den Pausen – habe der LVB im Projekt Revision Berufsauftrag erneut angemahnt.

Ph. Loretz bedankt sich bei den Anwesenden für die überaus angeregten Diskussionen, schliesst die DV/MV und lädt alle zum anschliessenden Apéro ein.



In den letzten drei Lohnrunden konnten die Personalverbände total 5 % Teuerungsausgleich sowie 0.5 % Reallohnerhöhung für das Baselbieter Staatspersonal erreichen.

¹ Erläuterungen zur Jahresrechnung 2022/23 www.lvb.ch → Über uns → Geschäftsberichte



Perle 3: Seelen ex machina: Von der künstlichen Intelligenz zur künstlichen Psyche

Wo: www.condorcet.ch

Wer: Eduard Kaeser

Wann: 22. Dezember 2023

Der Fall des Softwaredesigners Blake Lemoine ist noch in Erinnerung. Google feuerte ihn 2022, weil er glaubte, das Konversationsprogramm LaMDA («Language Model for Dialogue Application») spreche zu ihm. Lemoine twitterte: «Die Leute fragen mich immer wieder, warum ich denke, dass LaMDA empfindungsfähig ist. Es gibt keinen wissenschaftlichen Rahmen, in dem diese Feststellungen getroffen werden könnten (...) Meine Meinung über die Persönlichkeit und das Empfinden von LaMDA basiert auf meinen religiösen Überzeugungen».

Die Diagnose ist schnell gestellt: abgedrehter KI-Nerd. Aber interessanter ist Lemoine als Symptom einer Tendenz, die sich immer deutlicher im Umgang mit den neuesten KI-Systemen abzeichnet. Ich nenne sie «Umschalten auf eine Person».

Das Phänomen fiel in den 1960er Jahren dem Computerwissenschaftler Joseph Weizenbaum bei seinem Gesprächsprogramm ELIZA auf. Durch ein paar wirkungsvolle Tricks konnte es im Nutzer den Eindruck erwecken, es «verstehe» ihn und «gehe auf ihn ein». Weizenbaum war schockiert, wie leicht die Probanden am «personalen» Charakter des Programms festhielten, obwohl sie wussten, dass es sich um ein künstliches Gegenüber handelte.

Der Philosoph Ludwig Wittgenstein hatte das Problem schon früher in seinen «Philosophischen Untersuchungen» thematisiert: «Denke, ich sage von einem Freunde: «Er ist kein Automat». – Was wird hier mitgeteilt, und für wen wäre es eine Mitteilung?» Unter normalen Umständen, so Wittgenstein, bedeutet dies, dass der Freund «sich immer wie ein Mensch, nicht manchmal wie eine Maschine benimmt». Und unter solchen Umständen ist «meine Einstellung zu ihm eine Einstellung zur Seele. Ich habe nicht die Meinung, dass er eine Seele hat».

Eine Seele haben – oder wie ich zu sagen vorziehe: eine Person sein – ist nicht eine Frage der Meinung, sondern des zwischenmenschlichen Zusammenlebens. Es mutet uns absurd an, von einem Menschen zuerst hypothetisch zu meinen, er sei eine Person, und dann diese Hypothese zu testen, wenn möglich sogar zu verwerfen. KI-Systeme konfrontieren uns aber genau mit dieser Absurdität.

Im Film «Ex Machina» erhält der Softwaredesigner Caleb vom Unternehmer und Milliardär Nathan den Auftrag, ei-

nen Turing-Test mit der Roboterin Ava durchzuführen. Tatsächlich entspricht das Setting aber nicht jenem des Turing-Tests. Nathan umreisst den Auftrag so: Finde heraus, ob du immer noch das Gefühl hast, sie sei ein bewusstes Wesen, selbst wenn es sich um eine Maschine handelt. Caleb weiss, dass Ava ein Automat ist. Aber nach dem Umschalten hat der Automat den Status als «Seele» – als Person. Und «Zurückschalten» könnte sich unter Umständen als schwierig bis unmöglich herausstellen.

Werden wir also künftig immer mehr umschalten? Mit dieser Frage überschreiten wir die Schwelle zu einem neuen Zeitalter der Maschine. Wie Kate Darling vom Media Lab des MIT argumentiert, werden wir in den künftigen Mensch-Maschine-Interaktionen mit einem Kontinuum unterschiedlicher Einstellungen zu tun haben – ganz ähnlich wie in unserem Umgang mit Tieren, von den Amöben bis zu den Bonobos.

Umschalten erscheint aus einem ganz bestimmten Grund notwendig. Genügend vielschichtige neuronale Netze sind Black Boxes. Sie haben Milliarden von Parametern, die sie automatisch einstellen. All die komplizierten Rechenprozesse vollständig computertechnisch zu beschreiben wäre ein praktisch unmögliches Unterfangen. Faute de mieux greifen wir zu psychologischen «Eselsbrücken», schalten um. Das ganze branchenübliche Marketing stellt ab auf vollmundiges Ankündigen von menschenähnlichen Fähigkeiten. Zum Beispiel «Watson kann alle Texte über Gesundheitsfürsorge in Sekunden lesen» (IBM) oder «Das KI-Modell hat den Menschen im Verstehen von natürlichen Sprachen überflügelt» (Microsoft).

Sprachliche Grossmodelle – wie der Generative Pretrained Transformer (GPT) – mögen stochastische Papageien und in diesem Sinn «seelenlos» sein, nichtsdestoweniger prägen sie unseren zwischenpersönlichen Verkehr. Ihre soziale Präsenz als interaktive Agenten ist schon nicht mehr wegzudenken. LaMDA begegnet uns als Konversationspartner, der Chatbot wird heute als ein künstlicher Autor gefeiert, DALL-E als künstlicher Illustrator. Der Nutzer dressiert dem KI-System seine Eigenheiten an, und rückwirkend imitiert das System den Nutzer auf eine Weise, die seinen Hang zum Umschalten verstärkt.

Sobald ein KI-System in unserem Netzalltag neue Normalität wird, gilt es nicht mehr als künstlich. Wir «bürgern»



Sobald ein KI-System in unserem Netzalltag neue Normalität wird, gilt es nicht mehr als künstlich. Wir «bürgern» es «ein».

es «ein». Eine Kommission des Europäischen Parlaments schlug 2017 vor, gewissen Robotern den Status «elektronischer Personalität» zuzubilligen. Im gleichen Jahr verlieh Saudi-Arabien einer Roboterin das Bürgerrecht. Sollten wir also den Kreis von «unseresgleichen» erweitern und KI-Systeme als eine neue künstliche Spezies akzeptieren? Und könnte es dann sein, dass unser Empathieumfang auch künstliche «Seelen» einbegreifen müsste?

Ob solchen Fragen mag einem blümerant zumute werden. Aber der Mensch hat gegenüber Geräten schon immer einen affektiven, ja, erotischen Hang erkennen lassen. Der Techno-Animismus ist ein altes Phänomen. Die Sozialpsychologin Sherry Turkle spricht von «Beziehungsartefakten». Ein solches Artefakt versteht uns nicht, es empfindet nichts, es sorgt sich nicht um uns, es simuliert einfach immer besser «Verständnis» für uns. Das Problem, so Turkle, ist, dass wir uns gar nicht mehr daran stoßen. Die kritische Feststellung «Da ist ja gar niemand zuhause» prallt ab an der Gegenfrage: «Ist denn bei dir jemand zuhause?»

Beginnen wir dann auch unsere Seele als maschinell – als auf einer «Neuromaschine» laufend – zu begreifen? Ein Hirnforscher würde die Frage wahrscheinlich typisch ambivalent beantworten: «Nein», weil man viel zu wenig über den Zusammenhang von Gehirn und Psyche weiss; «im Prinzip ja», weil es durchaus erklärtes Ziel der Hirnforschung ist, diesem Zusammenhang auf den Grund zu gehen.

Wir beobachten das Umschalten ebenfalls in den zahlreichen Science-Fiction-Szenarien, mit ihren immer wieder variierten Schreckensvisionen einer Machtübernahme durch superintelligente Maschinen. Das Unterstellen solcher Motive spiegelt im Grunde das Unbehagen vor einem

Teil unserer selbst. In unserem Unbewussten spielt sich vieles «maschinell» ab. Wir erblicken im Roboter vor uns den Roboter in uns, der Macht ausübt.

Die Romantiker ahnten dies alles voraus. In E.T.A. Hoffmanns Erzählung «Der Sandmann» verdreht die Puppe Olimpia dem unglücklichen Jüngling Nathanael den Kopf, und sie stürzt ihn – nachdem ihre wahre künstliche Natur zutage getreten ist – in den Wahnsinn. Die modernen KI-Systeme treiben ihre Designer nicht in den Wahnsinn, sondern beflügeln ihre Phantasien über eine neue posthumane Spezies. Lassen wir dabei nicht ausser Acht, wer das grösste Interesse an der «Beseelung» der Maschine hat: die KI-Barone und ihre Grossunternehmen. Die Künstliche-Seelen-Industrie hat bereits eine Investitionsexplosion ausgelöst. Und ihr Blick richtet sich auf die Kolonisierung unserer Seelen durch KI-Systeme.

Wohin dieses Abenteuer führt, ist ungewiss. Immerhin kann man aus der ganzen Entwicklung einen Appell heraushören: Lernen wir uns im Zeitalter einer posthumanen Spezies neu kennen! Gerade der Chatbot hat diesen Prozess jetzt angestossen. Er erweitert den Raum möglicher fremder Intelligenz und verschafft uns dadurch die Gelegenheit, unsere eigene Intelligenz, unser artspezifisches Mentalleben vergleichend neu zu erkunden: Was genau ist der menschliche Faktor? Das wäre das Projekt einer Anthropologie im Maschinzän. Wir geben bedenkenlos Milliarden für KI-Forschung aus. Wie viel investieren wir in jene Disziplinen, die sich wirklich mit Geist und Seele beschäftigen? Wann begreifen wir die Notwendigkeit eines komplementären human- und geisteswissenschaftlichen Programms, das den wahnhaften Wettlauf der KI-Systeme kritisch begleitet?

► weitere Perle auf S. 36

Perle 4: «Heute bedeutet ‹Abitur› betreutes Denken»

Wo: Cicero

Wer: Biologie-Professor Hans-Peter Klein, interviewt durch Mathias Brodkorb, den früheren Kultus- und Finanzminister (SPD) des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Wann: 17. Dezember 2023

Herr Klein, kürzlich wurden die Ergebnisse der PISA-Studie veröffentlicht. Die Leistungen von Deutschlands Schülern in Mathematik, Deutsch und Naturwissenschaften sind schlechter als jemals zuvor. Wie bewerten Sie die Ergebnisse?

Die sind natürlich eine Katastrophe. Vor mehr als 20 Jahren gab es den PISA-Schock. Deutschland erwies sich damals bloss als Mittelmasse. Nach all den politischen Ankündigungen und Reformen der letzten beiden Jahrzehnte muss man feststellen: Das hat alles nichts gebracht, es ist sogar noch schlimmer geworden.

Die PISA-Forscher weisen allerdings darauf hin, dass die Ergebnisse auch der Corona-Pandemie geschuldet sind. Die Schulen waren viele Monate geschlossen, es fand kaum Unterricht statt. Da ist es doch nicht verwunderlich, dass die Leistungen einbrechen. Kann man aus den Daten trotzdem auf eine grundsätzliche Bildungskrise schliessen?

Natürlich hat auch Corona einen gewissen Einfluss gehabt. Aber wer sich mit diesem Argument begnügt, sucht nach Ausreden. Fakt ist: Die Leistungen deutscher Schüler sind spätestens seit dem Jahr 2015 stark rückläufig. Corona hat den Abwärtstrend nur beschleunigt. Ja, Deutschland

steckt in einer robusten Bildungskrise. Und ich sehe nicht, dass sich das auf absehbare Zeit ändern könnte. [...]

Und wie erklären Sie sich den Abwärtstrend?

Die Ursachen sind komplex und deshalb muss man weit ausholen. Da wäre erstens Corona, klar. Aber das war nur ein einmaliges Ereignis. [...] Im internationalen Vergleich gibt es jedenfalls Länder, die trotz Corona keinen solchen Leistungseinbruch aufweisen. Dann wäre da zweitens der Lehrermangel. Der hat erst begonnen und wird in diesem Jahrzehnt noch ganz andere Ausmaße annehmen. Schon heute werden selbst Panzerfahrer als Grundschullehrer beschäftigt.

Der dritte Faktor ist die Migrationskrise. [...] Wenn von heute auf morgen eine Vielzahl an nicht Deutsch sprechenden Schülern in das System strömt, bleibt das nicht ohne Folgen. Zugleich hat sich dadurch vor allem in den Grundschulen der Lehrermangel extrem verschärft. Und viertens, und das ist mir das Wichtigste: Selbst wenn es all diese Probleme nicht gäbe, wären Deutschlands Schulen trotzdem auf dem absteigenden Ast. Der Grund dafür hat nichts mit Geld zu tun, sondern mit den seit PISA 2000 verfolgten Konzepten.



«Herr Klein, Sie haben das mit der Kompetenzorientierung immer noch nicht verstanden. Uns geht es nicht um Fachwissen, sondern um den Umgang mit Wissen.»

Ministeriumsmitarbeiter

Das ist jetzt irritierend. Es ist ja eigentlich umgekehrt: Die erste PISA-Studie hat einen politischen Schock und anschließende Bildungsreformen ausgelöst. Und diese Innovationen sollen jetzt einen Niedergang provoziert haben?

Auch wenn es niemand hören will: Genau so ist es. Aber auch das ist wieder etwas komplizierter. PISA ist ein international angelegtes Testformat der OECD. Und da beginnen die Probleme. Sie können Mexiko, Algerien und Deutschland nicht miteinander vergleichbar machen, ohne von konkreten Inhalten abzusehen. Es hätte ja zum Beispiel keinen Sinn, weltweit Aufgaben zu Theodor Fontane zu stellen. Die deutschen Schüler wären dann im Vorteil und der internationale Vergleich wertlos.

Die Lösung dieses testtheoretischen Problems heisst: Kompetenzorientierung. Es wird in den Tests also überwiegend gar kein Wissen abgefragt. Die Schüler erhalten stattdessen leicht verständliche Gebrauchstexte, die bereits alle Antworten auf die gestellten Fragen beinhalten. Die Schüler müssen nichts anderes machen, als Sinn entnehmend zu lesen. Und dann kommt noch etwas Zweites hinzu: Weil die Auswertung komplexer Texte zu aufwendig wäre, besteht PISA vor allem aus Ankreuzaufgaben. Die Antwortbögen können dann problemlos über Scanner von Computern verarbeitet werden.

Die Schüler bekommen also einen Text, der alle Informationen zur Lösung der gestellten Aufgaben bereits enthält. Sie lesen ihn und kreuzen dann die richtigen Antworten an. Stellen Sie sich das einfach vor wie bei «Wer wird Millionär?» von Günther Jauch – nur dass Sie sich vorher sogar noch einen Zettel durchlesen können, in dem alle Antworten auf die gestellten Fragen schon drinstehen.

Selbst wenn Sie auch dann noch keine Ahnung haben, welche Antwort richtig ist, liegen Sie bei vier Antworten trotzdem mit einer Wahrscheinlichkeit von 25 Prozent richtig. Und mit etwas Glück können Sie die falschen Antworten als falsch erkennen, obwohl Sie in der Sache die richtige Antwort gar nicht kennen. Genau das ist «Kompetenzorientierung», genau das ist PISA.

Früher galt als kompetent, wer etwas von einer Sache versteht. Heute gilt als kompetent, wer sich trotz mangelnden Wissens erfolgreich durchmogeln kann. Und das alles verdanken wir PISA. Und Politikern, die gar nicht wissen, was sie tun.

Moment mal: Was Sie zu den Testformaten von PISA sagen, bezieht sich ja zunächst nur auf eine methodisches Untersuchungsdesign. Man muss daraus ja nicht gleich ein Unterrichtskonzept machen.

Stimmt, aber genauso ist es in den letzten 20 Jahren trotzdem passiert. Nicht einmal die Mitarbeiter in den Ministerien verstehen diesen Unterschied. Und die Lehrer in den Schulen haben sowieso keine Zeit, sich damit zu beschäf-

tigen. PISA hat also ein völlig rudimentäres Modell für Bildung entwickelt. PISA testet nicht Bildung und Wissen, sondern bloss Vorstufen dazu. Das hatte finanzielle und testökonomische Gründe. Aber in den Ministerien und Schulen wurde das dann als Vorbild für moderne Bildung verstanden und wird seit fast 20 Jahren in unseren Schulen praktiziert. Die Ergebnisse kann man in der aktuellen PISA-Studie bewundern.

Können Sie dafür auch ein konkretes Beispiel bringen?

Kein Problem. Wir haben eine Abiturprüfung in Biologie aus NRW von einer 9. Klasse bearbeiten lassen. Das Ergebnis hat selbst mich überrascht: Von 27 Schülern haben nur vier nicht bestanden. 14 erreichten ein ausreichend, fünf ein befriedigend, drei ein gut und ein Schüler erreichte sogar eine 1. Nochmal: Das waren 9.-Klässler, die sich auf diese Abiturprüfung überhaupt nicht vorbereitet hatten und noch gar nicht über Abiturwissen verfügen konnten. Man brauchte also überhaupt kein eigenes Fachwissen. Man musste nur Texte lesen, sie verstehen und ein bisschen schlussfolgern können.

Früher waren das die Kompetenzen, über die ein guter oder mittelmässiger Realschüler verfügte. Es hat ja auch seinen Grund, warum die Universitäten heute immer mehr Nachhilfekurse für Studienanfänger anbieten müssen. Sagen wir einfach, wie es ist: Früher war das von Wilhelm von Humboldt erfundene deutsche Abitur ein Qualitätsmerkmal. Das ist heute aber Geschichte.

Übertreiben Sie nicht etwas? Kann es nicht sein, dass das, was Sie schildern, bloss Anlaufschwierigkeiten bei der Umsetzung der PISA-Idee waren?

Das würde mich wirklich freuen. So ist es aber nicht. Auch in aktuelleren Abiturprüfungen sieht es nicht besser aus. Da gibt es zum Beispiel eine Aufgabe zur Miesmuschel und der eingewanderten Pazifischen Auster. Ich will Sie damit nicht langweilen, aber die läuft nach demselben Muster: Langer Text, in dem alle Antworten schon drinstehen. An der fachlichen Korrektheit des Textes zweifelnd, habe ich die Aufgabe einem Fachkollegen des Alfred-Wegener-Instituts auf Sylt zur Begutachtung vorgelegt. Sein Urteil war vernichtend. Nicht einmal die Fakten in dem Aufgabentext stimmten.

Als ich die Aufgabe in einem Interview in der Süddeutschen Zeitung öffentlich machte, rief mich ein Ministeriumsmitarbeiter an und sagte ungefähr: «Herr Klein, Sie haben das mit der Kompetenzorientierung immer noch nicht verstanden. Uns geht es nicht um Fachwissen, sondern um den Umgang mit Wissen.» Das heisst: Abiturienten der Zukunft brauchen selbst nichts mehr zu wissen, sondern sollen bloss mit dem Wissen anderer arbeiten können. Heute bedeutet «Abitur» so etwas wie betreutes Denken.

Partnerschaft Schule – Wirtschaft

Schulen und Betriebe unternehmen grosse Anstrengungen, damit Jugendlichen der Übertritt in die Berufswelt gelingt. In dieser Rubrik soll dieser Themenbereich regelmässig Beachtung finden.



Lehre als Rückgrat der Wirtschaft



FACHKRÄFTEMANGEL – Die Ausbildung von Fachkräften soll in der Politik oberste Priorität erhalten, da Jugendliche nach der obligatorischen Schulzeit vermehrt eine höhere Schule besuchen statt eine Lehre zu absolvieren. Die Verfügbarkeit von Berufsleuten wird für Unternehmen immer zentraler.

Standpunkt der Wirtschaft vom 22. März 2024

Junge, gut ausgebildete Fachkräfte sind das Gold der Zukunft für die KMU. Denn ohne kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können viele Firmen ihre Aufträge nicht erfüllen und ihre Auftraggeber nicht zufriedenstellen. Umso verständlicher, dass die Nachwuchsförderung zentrales Thema ist, wenn es um die Zukunftssicherung eines Betriebes oder Unternehmens geht.

Weil aber zunehmend Jugendliche nach der obligatorischen Schulzeit eine höhere Schulbildung einer Lehre vorziehen, zeichnet sich ein Mangel an jungen Fachkräften ab – und dieser verschärft die eh schon prekäre Situation bei der Rekrutierung von geeigneten und versierten Fachkräften.

Die Wirtschaftskammer Baselland (Wika) weist schon länger auf die Wichtigkeit einer Berufslehre für den Wirtschaftsstandort Basel-Landschaft hin – nun will auch die Standortförderkommission Baselland (StaföK), ein von der Baselbieter Regierung eingesetztes Organ, Gegensteuer geben und die «Sicherstellung von Fachkräften» als strategisch zentralen Standortfaktor zuoberst auf die Prioritätenliste setzen. Der Zeitpunkt kommt nicht von ungefähr: Es besteht dringender Handlungsbedarf. «Wir haben Hinweise von Unternehmen bekommen, dass das Thema immer wichtiger ist, wenn es um Ansiedlungsentscheidungen geht», sagt Thomas Kübler, Leiter Standortförderung Baselland, auf Anfrage dieser Zeitung. «Für die Unternehmen spielen nicht nur die Steuern eine Rolle, wenn es darum geht, wo sie sich niederlassen, sondern auch die Ver-

fugbarkeit von Talenten in ihrer Branche.» Gerade in den technischen Berufen sei die Nachfrage gross, so Kübler. «Wenn wir wollen, dass die Standortförderung einen Effekt hat, müssen wir gezielt ausbilden.»

Mit dem Thema wird sich auch die Baselbieter Politik beschäftigen müssen. Mitte-Landrat Marc Scherrer fordert in einem Vorstoss, die Bildungspolitik enger an die Wirtschaft anzubinden.

Bildungspolitiker Scherrer fragt, mit welchen Massnahmen die Regierung sicherstellen will, dass die Bildungspolitik stärker an den Bedürfnissen der Wirtschaft ausgerichtet wird und welche konkreten Massnahmen im Fokus stehen, um im Kanton Basel-Landschaft ein noch hochwertigeres und breiteres Ausbildungsangebot zu schaffen.

Scherrer will zudem mehr über die Strategien wissen, welche die StaföK vorschlägt, denn es gibt zwei Herausforderungen: Erstens muss der Bedarf an jungen Berufsleuten nachhaltig gedeckt und zweitens müssen jüngere Menschen angezogen und ihnen Perspektiven in einem Beruf aufgezeigt werden. Deshalb stellt Scherrer auch eine Frage nach staatlichen Anreizen wie Subventionen. Weiter gilt es, Unternehmen zu ermutigen, in die Berufsbildung und in die Ausbildung von Fachkräften zu investieren oder mit Bildungseinrichtungen zusammenzuarbeiten.

Mischa Hauswirth

Es gibt keinen «besseren» Bildungsweg!

Der gymnasiale Weg ist nicht für jede Schülerin oder jeden Schüler zwingend der beste – oft ist eine Berufslehre passender und erfolgversprechender. Dennoch erachten viele Jugendliche und Eltern das Gymnasium nach wie vor als den «Königsweg». Umso mehr lohnt sich ein Blick auf die Hintergründe, die zu einer solchen Einstellung führen.

Die Bildungsforschung zeigt, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen dem sozioökonomischen Status und dem Übertritt ins Gymnasium. Je höher ersterer ist, desto eher entscheiden sich Schülerinnen und Schüler, in ein Gymnasium überzutreten. Eine aktuelle Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz und der Universität Hannover hat diesen Zusammenhang nun etwas genauer untersucht.¹ Gemäss der Studie unterscheidet sich in der Schweiz das Angebot an Ausbildungsplätzen am Gymnasium stark zwischen den Kantonen. Dabei zeigt sich: Je mehr Ausbildungsplätze am Gymnasium ein Kanton anbietet, desto höher ist zunächst der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit tertiär gebildeten Eltern, die ins Gymnasium eintreten, so dass der Anteil der Schülerinnen und Schüler, deren Eltern eine nicht akademische Berufsausbildung oder lediglich einen obligatorischen Schulabschluss haben, sinkt. Interessant aber: Ab einer kantonalen Übertrittsquote ins Gymnasium von etwa 35 Prozent stellt sich ein Umkehr-effekt ein. Dann nämlich nimmt der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit tertiär gebildeten Eltern ab, während derjenige von Schülerinnen und Schülern zunimmt, deren Eltern nur über einen obligatorischen Schulabschluss verfügen.

Mit anderen Worten: Der Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Hintergrund und dem Übertritt ins Gymnasium unterscheidet sich je nach kantonalem Angebot an gymnasialen Ausbildungsplätzen. Bei leicht höherem Angebot trägt die Gruppe mit dem höchsten sozioökonomischen Status überproportional zu den Gym-Übertritten bei; aber es scheint einen Punkt zu geben, an dem die Nachfrage aus privilegierteren Kreisen gesättigt ist und oberhalb dessen ein Ausgleich stattfindet. So lässt sich wohl auch die unserer Meinung nach teilweise zu hohe Gymnasialquote erklären – etwa im Kanton Basel-Stadt. Viele Eltern, die von ihrer eigenen Ausbildung her das heutzutage enorm vielfältige und durchlässige Bildungsangebot in der Schweiz gar nicht kennen, tendieren

dazu, für ihre Kinder den gymnasialen Weg als den «besseren» Weg zu erachten. Dabei haben Untersuchungen immer wieder gezeigt, dass der Weg über eine Berufslehre meist bessere Karrierechancen bietet und keineswegs der «zweitbeste» Weg ist. Im Gegenteil: Die Wirtschaft benötigt – gerade in der heutigen Zeit des Arbeitskräftemangels – einen Nachwuchs, der möglichst «richtig» ausgebildet ist. Sprich: Wir brauchen nicht einfach möglichst viele Akademiker, sondern möglichst viele «Praktiker», egal auf welchem Gebiet. Wir brauchen junge Leute, die sich für eine Berufslaufbahn entschieden haben, welche ihnen zuzusagt, welche ihren Begabungen entspricht. Diese Berufslaufbahn mag teilweise mit einer akademischen Ausbildung verbunden sein, muss aber nicht zwingend.

Dank der erwähnten Durchlässigkeit des schweizerischen Bildungssystems kann man es auch mit einer Berufslehre zum Direktor schaffen. Oder man kann in einem Beruf starten, um später ganz andere Fähigkeiten zu entdecken und einen neuen Weg einzuschlagen. Alles ist möglich! Der immer noch zu weit verbreitete Gedanke, dass einem nur mit einer gymnasialen Maturität später alle Wege offenstehen, ist falsch und muss aus den Köpfen der Eltern und Jugendlichen verschwinden. So würde sich auch unterhalb der 35 Prozent bereits eine bessere Durchmischung von Schülerinnen und Schülern am Gymnasium mit Eltern unterschiedlicher Ausbildungswege ergeben. Es gibt also noch viel zu tun ...

*Frank Linhart, Leiter Öffentlichkeitsarbeit
und Berufsbildung Arbeitgeberverband Region Basel*

¹ Leemann, Brändli, Imdorf: «Access to Baccalaureate School in Switzerland: Regional Variance of Institutional Conditions and Its Consequences for Educational Inequalities», Muttentz / Hannover, 2022



Was ist besser als umweltbewusst Auto zu fahren?

Bis zu 20% Ökobonus für Fahrer von
Elektro- oder Plugin-Fahrzeugen.

LCH LVB-Mitglieder
profitieren von 10%
Spezialrabatt

Prämie
berechnen:



Was verbindet Sie mit Ihrer Bank?

Geld. Und was Ihre Bank damit macht. Gesellschaftliches Handeln ist für uns selbstverständlich – schliesslich gehörten Gewerkschaften und Genossenschaften zu unseren Gründern. LCH und die Bank Cler, das passt – deshalb sind wir seit vielen Jahren Partner. Davon profitieren auch Sie – ob Zahlen und Sparen, Anlegen, Hypotheken oder Finanzplanung: cler.ch/lch

LCH-Spezial:
10% Bonus
auf Einzahlungen
in die Anlagelösung
Nachhaltig*

*Die Bank Cler schenkt Ihnen als LCH-Mitglied 10% Bonus auf Ihre Einzahlungen in die Anlagelösung, die 10000 CHF übersteigen. Bis maximal 500 CHF pro Jahr. Dieses Angebot gilt in den ersten beiden Jahren, nachdem die Bank Cler Sie als Mitglied erfasst hat. cler.ch/lch

Diese Angaben dienen ausschliesslich Werbezwecken. Für die Strategiefonds verweisen wir auf den Prospekt und die Wesentlichen Anlegerinformationen. Sie können diese kostenlos auf unserer Webseite unter cler.ch sowie in Papierform in allen Geschäftsstellen der Bank Cler, bei der Fondsleitung oder bei der Depotbank beziehen.

Zeit, über Geld zu reden.

Bank
Banque
Banca

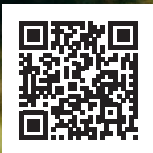
CLER

Attraktive Sonderkonditionen für Mitglieder des LCH

Dank der Partnerschaft zwischen dem LCH und der Visana erhalten Sie 10% Rabatt auf die Spitalzusatzversicherungen ab 1.1.2024. Ebenfalls von diesen attraktiven Sonderkonditionen profitieren Ihre im gleichen Haushalt lebenden Lebenspartner/-in sowie Kinder bis zur Vollendung des 25. Altersjahres. Neu können auch die im gleichen Haushalt lebenden Geschwister und Eltern von diesem Rabatt profitieren, bis Sie das 25. Altersjahr vollendet haben. Die Sonderkonditionen gelten auch, wenn die Grundversicherung bei einem anderen Versicherer abgeschlossen ist.

Prämienrechner und Kontaktformular sowie weitere Informationen finden Sie unter www.visana.ch/kollektiv/lch.

Gerne erstellt die Visana für Sie und Ihre Angehörigen eine persönliche Offerte und berät Sie unverbindlich unter: 061 279 75 75.



Salt Mobile

-50%

Europe XXL

44.95 /Mt.
~~89.95~~

In der Schweiz

Unlimitiertes Highspeed-Internet (4G+ & 5G)
Unlimitierte Anrufe, SMS/MMS

Innerhalb/in die EU

Unlimitiertes Internet (4G+ & 5G)
Unlimitierte Anrufe, SMS/MMS

Wähle das passende Abo - 5G inklusive

-60%

Swiss XXL

29.95 /Mt.
~~69.95~~

In der Schweiz

Unlimitiertes Highspeed-Internet (4G+ & 5G)
Unlimitierte Anrufe, SMS/MMS

In der EU

4 GB Internet
100 Gesprächsminuten
Unlimitierte SMS/MMS

-70%

Smart

19.95 /Mt.
~~59.95~~

In der Schweiz

Unlimitiertes Highspeed-Internet (4G+ & 5G)
Unlimitierte Anrufe, SMS/MMS

Einfach die bestehende Handynummer mitnehmen und vom Memberprogramm profitieren:



<https://fiber.salt.ch/de/business/lvb-member-program>

Deine Membercodes:

Smart: CMPMLVB

Swiss XXL: CMPWLVB

Europe XXL: CMPULVB



Infos und Support

044 276 34 36
(Kostenlos anrufen)

Salt.

Das Angebot gilt für neue Salt-Mobile-Abonnements und Verlängerungen ohne Gerät für 24 Monate. *Der Memberrabatt gilt während der Mitgliedschaft bei Ihrem Verband und für maximal 24 Monate darüber hinaus. Der Memberrabatt muss nach 24 Monaten erneuert werden. Das Angebot gilt auch für Familie und Freunde. Aktivierungsgebühr, einschließlich SIM-Karte: 59.95

Tasche weg? Handy weg?

Mit der Zurich Hausratversicherung schützen wir Ihre Sachen auch unterwegs.



LVB-Mitglieder
profitieren von
10% Spezialrabatt

Prämie berechnen:
zurich.ch/partner
Zugangscode: YanZmy2f



Geniessen Sie Ihre Skiferien – mit Sicherheit

Bestens abgesichert mit unserem Diebstahlschutz
und unserer Privathaftpflichtversicherung



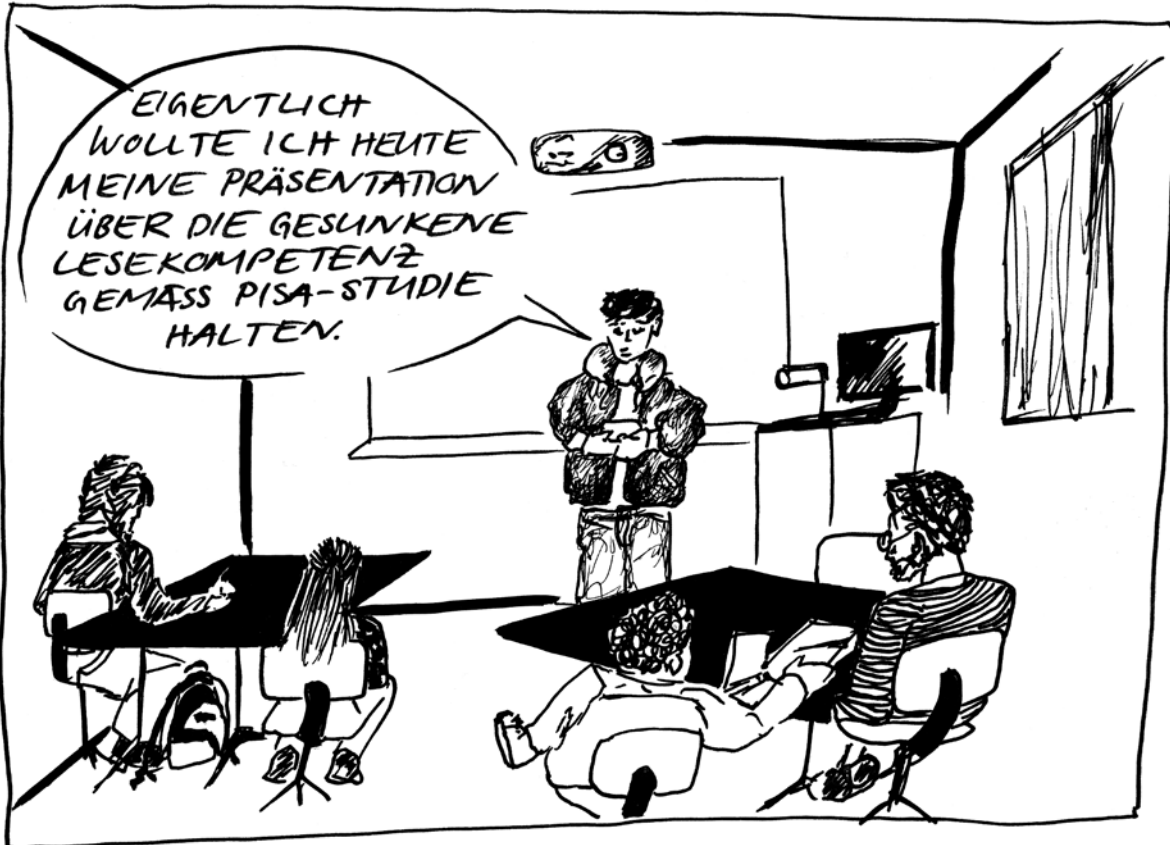
Profitieren Sie von
10% Spezialrabatt
Exklusive Vorteile für
LVB-Mitglieder

Mehr erfahren
zurich.ch/partner
Zugangscode:
YanZmv2f



Strichwörtlich

von Michèle Heller



LVB-Forum

Ivb inform 2023/24-02

Lichtblick – Zum letzten Mal, Ivb inform 2023/24-02

Roger von Wartburgs Text «Lichtblick – Zum letzten Mal» hat mich dazu angeregt, über die Vergänglichkeit und den ständigen Wandel des Lebens nachzudenken. Es ist faszinierend und zugleich berührt es mich, dass wir oft nicht wissen, wann etwas zum letzten Mal geschieht. Das letzte Mal auf der Schulter getragen werden, das letzte Mal einen geliebten Ort besuchen oder das letzte Mal die Eltern sehen – all diese Augenblicke enthalten eine emotionale Tiefe, die uns erst im Rückblick bewusst wird.

Die Vorstellung, dass sich das Leben rückwärts verstehen lässt, aber vorwärts gelebt werden muss, ermutigt dazu, im Hier und Jetzt präsent zu sein und die Gegenwart zu schätzen, auch wenn sie oft von Abschieden von Menschen, Orten oder Lebensphasen begleitet wird. Es sind diese Momente der Reflexion, die uns daran erinnern, bewusster zu leben, tiefer zu lieben und den Augenblick zu schätzen. Denn in jedem Tag verbirgt sich ein Stückchen Abschied, aber gleichzeitig auch die Möglichkeit für etwas Neues und Aufregendes.

Sandra Brandt-Schnarr, Hochwald

Ivb inform 2023/24-02 (allgemein)

Lieber Philipp, lieber Roger

Am Ende eines Jahreskreises erinnert man sich gerne – an bereichernde Begegnungen beispielsweise. Oder an bereichernde Lektüren. Dazu zählt euer «Ivb inform». Dieses pädagogische Idem velle atque idem nolle, diese innere Kongruenz in so manchem, dieses Übereinstimmen in Wichtigem bei der Ausbildung junger Lehrerinnen und Lehrer und bei ihrem Wirken im beruflichen Alltag – das tut gut, das bestärkt. Und eben habe ich das jüngste «Ivb inform» gelesen. Ich staune immer wieder und bin dankbar für euer unermüdliches Engagement für eine gute Bildung und für eine kindgerechte Schule.

Erhellend ist es, dein neues Editorial, lieber Philipp. Und lesenswert euer Kontrapunkt zu Philippe Wampfler, dem vielzitierten und omnipräsenten Bildungsfachmann. Eine (nicht nur) vergnügliche Lektüre bringt dein kluger Beitrag «Der letzte Schrei – O Captain! My Captain!», lieber Roger – mit dem Verweis auf deinen verstorbenen Freund Nik und den «Erinnerungen an den besten Lehrer, den ich hatte».

Was in Schule und Unterricht so wichtig wäre, wissen wir, und John Hattie (2023: im neuesten Werk) zeigt es empirisch. Es sind zentrale Ergebnisse der Anthropologie. Die Bildungsforschung stützt sie, die Hirnbiologie unterstreicht sie, die Resonanzpädagogik betont sie, und die eigene Schulerfahrung bestätigt sie.

Da gibt's nur die Frankl'sche Trotzmacht des Geistes. Und die ist euch eigen, lieber Philipp, lieber Roger. Suivez la route! Auch im 2024.

Carl Bossard, Stans

Gratulation zu den tollen Artikeln im «Ivb inform»! Die riesige Arbeit, die dahinter steckt, können sich wohl die wenigsten vorstellen. Ich ziehe den Hut. Ich habe auch Roger von Wartburgs eindruckliche Erinnerungen an seinen besten Lehrer nachgelesen. Auch ich hatte einen Lehrer an der Bezirksschule, der mich stark geprägt hat. Nicht in fachlicher Richtung, sondern die Art, wie er uns mit Engagement, Wertschätzung und Zuneigung unterrichtete, war für mich beispielhaft.

Christoph Studer, Basel

Auf eine Zahlungserinnerung für den jährlichen LVB-Beitrag erhielten wir folgende Antwort, welche wir in Auszügen hier wiedergeben:

Warum nicht?

Ich habe mich im vergangenen Jahr gegen die Schule und für 100 % Familienarbeit entschieden – und «gegen die Schule» aus vielfältigen Gründen. Mal ganz abgesehen von den bekannt-verkannten Verökonomisierungen sowie den religiös-fanatisch-blind anmutenden Verdigitalisierungen der Bildung auf Bundes-, Kantons-, Stufen-, Schulleitungs-, Lernenden- sowie Elternebene, und ganz abgesehen von internen Heiserkeiten sowie gewichtigen fachspezifischen Faktoren, hat mich doch (auch) die Unverträglichkeit des Schulsystems mit gewissen Familienmodellen (die nicht zwingend den neo-chic-kapitalistischen KITA-Weg beschreiten wollen) dazu bewogen, mich von der Schule zu verabschieden (ausgelastete Abende und Wochenenden, durchgängig keine Ferien von August bis Ende Juni bei einem 50 %-Pensum, unbezahlte Überstunden = meine Unfähigkeit, meinen Job in der angedachten Zeit zu bewältigen, etc. etc.).

Im Rückblick kann ich jedoch mit Gewissheit sagen, dass eure Arbeit und euer z.T. waghalsiges Engagement, die diplomatisch kämpferische und v.a. immer intellektuell fundierte Cleverness eurer vordersten LVB-Leute mich nie genervt oder empört haben – im Gegenteil: immer blieb der fade Beigeschmack: Nur schade, dass ich's nicht hinkrieg', auch noch für gewerkschaftliche Anliegen Zeit aufzuwenden. Euch also sende ich meinen aufrichtigen Dank für euer Tun und eure Ausdauer und wünsche euch weiterhin viel Energie, um all die verschiedenen Nöte aller Schulstufen irgendwie angemessen und gescheit wach zu halten!

X. Y. aus Z. (Name der Redaktion bekannt)

Maskenpflicht an den Baselbieter Schulen im Rückblick

Während der Corona-Pandemie wurde an den Baselbieter Schulen die Maskenpflicht gestaffelt eingeführt, zuerst bei den älteren und ab Januar 2022 auch bei den jüngeren SchülerInnen, inklusive der 1. Primarklassen. Die Massnahme war von Beginn weg kontrovers. Als die Regierung im September 2021 die Maskenpflicht an der Primarschule noch als Symbolpolitik bezeichnete, erntete sie dafür einen «Shitstorm» (6.9.2021, «20 Minuten»). Auf der anderen Seite sammelten Eltern Unterschriften gegen die Maskenpflicht an den Primarschulen (22.12.2021, BaZ), als die Regierung beschloss, diese auf Januar 2022 einzuführen. Eltern versuchten, durch ärztliche Atteste ihre Kinder von der Maskenpflicht zu befreien, einige wichen auf Privatschulen aus. Auch in den Kollegien wurde die Massnahme unterschiedlich aufgenommen.

Zwei Jahre später wäre es an der Zeit, die Maskenpflicht an den Schulen zu analysieren. Gerade weil die Massnahme sehr kontrovers war und für viel Zündstoff sorgte, muss nun ein Fazit über Wirksamkeit und unerwünschte Nebenwirkungen gezogen werden. Letztere sind ausreichend erforscht, sie reichen von Rötungen und allergischen Reaktionen über Atem- und Kommunikationsprobleme bis zu psychologischen Schäden und Entwicklungsdefiziten. Eine vertiefte Aufarbeitung ist sinnvoll, weil solche Situationen auch in Zukunft wieder auftreten können und sowohl Schulbehörden wie PädagogInnen sicher ein Interesse daran haben, aus den vergangenen drei Jahren zu lernen. In der Zwischenzeit liegen auch Studien vor, die sich intensiv mit der Wirksamkeit von Masken bei Kindern zur Eindämmung der Pandemie auseinandergesetzt haben.

Der aktuellste Beitrag dazu stammt von einem Forscherteam von britischen und amerikanischen Medizinerinnen, Epi-

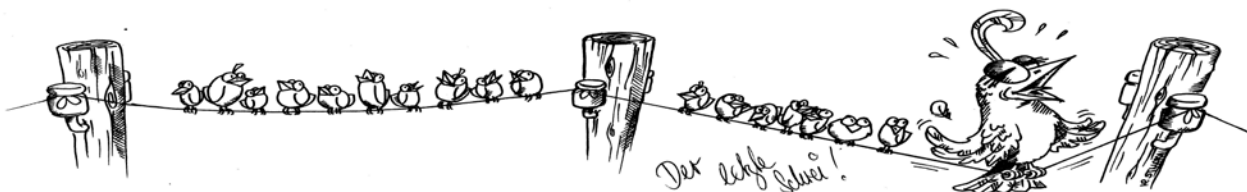
demiologen, Infektiologen und Kinderärzten. Sie legten am 2. Dezember 2023 eine Meta-Studie vor, die in der internationalen Fachzeitschrift für Kinderheilkunde «Archives of Disease in Childhood» (ADC) aus Grossbritannien veröffentlicht wurde. Unter der Leitung von Mikrobiologin Johanna Sandlund erforschte ein Team umfassend sämtliche Daten, Erhebungen und Studien, die sich während der Corona-Zeit mit dem Zusammenhang von Gesichtsmasken für Kinder und dem Schutz vor Covid-19 befassten. Die Studie kommt zu einem eindeutigen Befund: Die Empfehlung, Kinder zu maskieren, um die Ausbreitung von Covid-19 zu verhindern, wird durch aktuelle wissenschaftliche Daten nicht gestützt.

Studienleiterin Sandlund bemerkt weiter, dass Kinder als eine geschützte Gruppe behandelt werden müssen und daher vor der Verordnung solcher Massnahmen immer eine Risiko-Nutzen-Analyse gemacht werden sollte, wobei der Nutzen von Massnahmen eindeutig überwiegen muss. Weiterhin sagt sie, dass medizinisches Personal sowie Erwachsene, die mit Kindern arbeiten, unbedingt darüber informiert werden müssen, dass keine hochwertigen wissenschaftlichen Daten vorlägen, die belegten, dass Masken bei Kindern Infektionen und Übertragungen von SARS-CoV-2 verhinderten.

Bestimmt wird es noch weitere Publikationen zu diesem Thema geben. Wichtig ist, dass sowohl Schulbehörden als auch PädagogInnen diese zur Kenntnis nehmen, die Resultate analysieren, verordnete Massnahmen kritisch reflektieren und Schlüsse über zukünftige Handlungsweisen an den Schulen bei ähnlichen Vorkommnissen ziehen. Nur so lässt sich aus den Geschehnissen lernen. Es ist verständlich, dass man sich vielleicht nicht zu stark mit der pandemiebedingten Situation auseinandersetzen möchte und generell einfach froh ist, dass dies nun alles vorbei ist. Trotzdem gebietet es die Verantwortung gegenüber den jüngsten Mitgliedern unserer Gesellschaft.

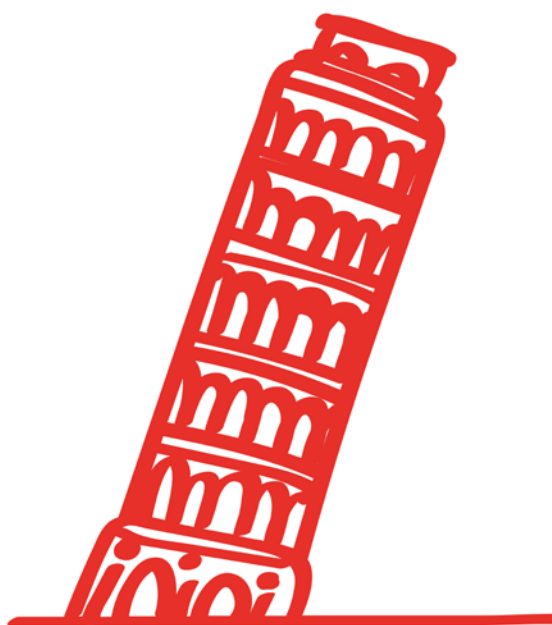
Matthias von Dach, Himmelried

Sie können auf unserer Website www.lvb.ch unter «Aktuelles» und «Erfolge» verschiedene Meldungen jeweils auch online kommentieren. Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen und publizieren eine Auswahl davon im «LVB-Forum». Ebenfalls nehmen wir Lob und Kritik zu publizierten Beiträgen gerne per E-Mail an info@lvb.ch entgegen.



Der letzte Schrei Piesacken¹

von Roger von Wartburg



© LangnerRT – stock.adobe.com

Nach der Publikation der Ergebnisse des Pisa-Tests von 2022, die für Schweizer Schülerinnen und Schüler einen Abwärtstrend ausweisen, hat die EDK umgehend reagiert und das Projekt «Hopp Schwiiz» ins Leben gerufen, mit dem Ziel, bei der nächsten Durchführung der Pisa-Erhebungen besser dazustehen. Dem LVB wurden Unterlagen der wissenschaftlichen Projektleitung «Tecnocratica» zugespielt, die an dieser Stelle exklusiv auszugsweise veröffentlicht werden:

Fremdsprachen

Vorab möchte die wissenschaftliche Projektleitung festhalten, dass die EDK bereits im Jahr 2000, nach Bekanntwerden der Resultate des allerersten Pisa-Tests, höchst vorausschauende Massnahmen in die Wege geleitet hat, um dem Ungenügen des schweizerischen Bildungssystems beizukommen. Und dies sogar in Bereichen, die Pisa gar nicht testet, wie etwa den Fremdsprachen. So ein Vor-

gehen beweist die visionäre Tatkraft der Schweizer Bildungspolitik. Explizit zu nennen ist das EDK-Sprachenkonzept, welches zum Modell «3/5» (Passepartout) führte, demgemäss die erste Fremdsprache im dritten und die zweite Fremdsprache im fünften Primarschuljahr einzusetzen hat.

Die wissenschaftliche Projektleitung schlägt vor, das bestehende Modell auf ein «1/3/5» auszuweiten. Konkret soll neu ab dem ersten Primarschuljahr Rätoromanisch gelernt werden. Wie eine Studie der Pädagogischen Hochschule Nord-südostwestschweiz (PH NSOWCH) mit Verweis auf die Hirnforschung zeigt, sind Erstklässler*innen besonders dafür geeignet, vom Aussterben bedrohte Sprachen zu lernen.

Die PH NSOWCH hat bereits damit begonnen, Avatare zu entwickeln, mit deren Hilfe die Erstklässler*innen dereinst im Cyberspace Rätoromanisch erlernen werden. Die Kinder werden wählen können zwischen Fadri, Bigna, Curdin, Ladina und Ursin, wobei sämtliche Avatare genderfluid ausgestaltet sind. Für das Pilotprojekt «Rumantsch First!» haben sich schon 284 Schulen aus der Deutschschweiz angemeldet – ein überwältigendes Bekenntnis zur mehrsprachigen Schweiz!

Digitalität

Das zuvor umrissene Projekt des Rätoromanisch-Lernens im Cyberspace ist Ausdruck eines umfassenden Verständnisses von Schule als Lernort,

der sich in die Kultur der Digitalität des 21. Jahrhunderts einfügt. Die wissenschaftliche Projektleitung plädiert vorbehaltlos für das Beschreiten dieses Wegs, damit sich schulisches Lernen auch für die Generation Alpha und spätere Generationen noch sinnvoll anfühlen kann. Die Gegenwart ist digital, die Zukunft ist digitaler. Wer Kinder und Jugendliche verantwortungsbewusst fitmachen will für diese Zukunft, der bekennt sich zur schulischen Digitalität!

Aktuell laufen in verschiedenen Kantonen Bestrebungen, den Unterricht stärker zu digitalisieren. Nach Einschätzung der wissenschaftlichen Projektleitung gehen diese Bemühungen jedoch zu wenig weit – so werden etwa der Kindergarten und die Unterstufe in digitaler Hinsicht an vielen Orten noch viel zu stiefmütterlich behandelt – und es fehlt an einem koordinierten Vorgehen. Zu diesem Zweck fordert die wissenschaftliche Begleitgruppe die Schaffung einer nationalen Taskforce «Digitalität jetzt!». Erste Sondierungsgespräche mit den international anerkannten Koryphäen Mick Rosoft, Will Applegates, Marc Ator und Bert Elsmann haben bereits stattgefunden. Ebenfalls mit an Bord sind das Institut für marktorientierte Bildungsökonomie der HSG sowie Economiesuisse.

Nicht unterschlagen werden darf in diesem Kontext die ökologische Komponente: Mit der flächendeckenden Implementierung digitaler Unterrichts- und Lehrkonzepte kann aus der Vision der «papierlosen Schule» schon bald Realität werden!

Die wissenschaftliche Projektleitung favorisiert ohnehin ein grundsätz-

liches Abrücken vom Konzept der «Schule vor Ort». Stattdessen soll die Schule der Zukunft gänzlich online stattfinden. Die wegfallenden Kosten für teure Schulbauten können in die digitale Infrastruktur investiert werden. Und als zusätzlicher Benefit würde die Anzahl Verkehrsunfälle mit Kindern drastisch gesenkt. Die wissenschaftliche Projektleitung hat hierzu eine Machbarkeitsstudie bei der Schmähdagogischen Hochschule Mittelland in Auftrag gegeben.

Inklusion international

Die wissenschaftliche Projektleitung anerkennt wohlwollend, dass in der Schweiz die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Verhaltensauffälligkeiten, Lernstörungen oder anderen Ausprägungen besonderen Bildungsbedarfs in Regelklassen im letzten Jahrzehnt vorangetrieben wurde. Als weiterführendes Kapitel dieser beispiellosen Erfolgsgeschichte empfiehlt die wissenschaftliche Projektleitung eine Kontextualisierung des Inklusionsgedankens mit den Resultaten der Pisa-Tests.

OECD-Schlusslichter der Pisa-Erhebungen 2022 sind Mexiko, Costa Rica und Kolumbien. Die wissenschaftliche Projektleitung schlägt vor, dass jede Schweizer Schulklasse jeweils ein Kind aus den drei genannten Ländern online am Unterricht der Schweizer Klasse teilnehmen lässt. Ein beschleunigtes Abrücken vom schulischen Unterricht vor Ort, wie es weiter oben ausgeführt wurde, würde dieses revolutionäre Konzept begünstigen.

Die Schweizer Lehrpersonen werden den Unterricht künftig mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus Mexiko, Costa Rica und Kolumbien gemeinsam vor- und nachbereiten. Damit sie sich verständigen können, stellt die EDK entsprechende KI-Tools zur Verfügung. Für das Pilotprojekt «Inklusion international» haben sich innert weniger Wochen 837 Deutschschwei-

zer Schulen angemeldet. Die schulische Zukunft ist nicht nur digital und inklusiv, sondern auch kooperativ und kosmopolitisch!

Ausbildung

Seit Beginn dieses Jahrhunderts haben in der Schweiz – endlich! – die sehr wissenschaftlichen Pädagogischen Hochschulen die gänzlich unwissenschaftlichen Lehrerseminare abgelöst. Dennoch ortet die wissenschaftliche Projektleitung auch hier zusätzlichen Optimierungsbedarf, denn noch immer – wenn auch in stetig weiter sinkender Anzahl – gibt es unter den Dozent*innen Exponent*innen mit einem ausgeprägt berufspraktischen Hintergrund, die den Studierenden unwissenschaftlich rezepthafte Unterrichtskonzepte nahelegen. Dies stellt einen Affront gegenüber der ausdrücklich wissenschaftlichen Ausrichtung dieser Institutionen dar!

Die wissenschaftliche Projektleitung rät aus Qualitäts- und Professionalisierungsgründen dringend dazu, solche Dozent*innen schnellstmöglich aus ihren Funktionen zu entfernen. Eine zukunftsgerichtete Erziehungswissenschaft hält sich nicht mit überholten Konzeptionen auf, sondern baut allein auf moderne Forschungsmethoden und -ergebnisse. Wer nicht mit der Zeit gehen mag, der hat zeitnah zu gehen! Damit sich Dozent*innen gänzlich vorurteils- und prägnungsfrei ihrer wichtigen wissenschaftlichen Aufgabe widmen können, empfiehlt die Projektleitung überdies eine bevorzugte Anstellung von Wissenschaftler*innen, die mit dem dualen schweizerischen Bildungswesen wenig bis gar nicht vertraut sind.

Lehrplan 22

Wie die neuesten Pisa-Ergebnisse zeigen, vermag der unter Federführung der Didagogischen Hochschulen wissenschaftlich hervorragend

ausgearbeitete Lehrplan 21 den aktuellsten Entwicklungen nicht mehr vollumfänglich zu genügen. Die wissenschaftliche Projektleitung schlägt daher die Schaffung eines Lehrplans 22 vor. Eine Mitwirkung der Berufspraxis ist nicht erforderlich, vielmehr gilt es, der Expertise der Wissenschaftler*innen bei der Erarbeitung des Lehrplans zur vollständigen Entfaltung zu verhelfen.

Da sich zum Leidwesen der wissenschaftlichen Projektleitung in absehbarer Zeit das Konzept einer Maturität für alle Jugendlichen in der Schweiz politisch kaum realisieren lässt, ist es aus Gründen der Chancengerechtigkeit unabdingbar, sämtliche Lehrgegenstände der Tertiärstufe in die Lehrpläne der Volksschule zu integrieren – je früher, desto besser! Dementsprechend werden sich im Lehrplan 22 zusätzlich Kompetenzbereiche wie Quantennanophysik, Artificial General Intelligence und Pharmakoepidemiologie finden lassen.

Eine Vorstudie der Didagogischen Tiefschule Hintermond kommt zum Schluss, dass der Lehrplan 22 zur Erreichung der genannten Ziele einen ungefähren Umfang von 47'300 Seiten, 36'800 Kompetenzen und 455'820 Kompetenzstufen erfordert. Die wissenschaftliche Projektleitung beantragt der EDK, eine entsprechende Projektstruktur aufbauen zu dürfen.

Für die wissenschaftliche Projektleitung:

Prof. Dr. Dr. Turmina von Elfenbein, Titularprofessorin am trinationalen Zentrum für Bildungshomöopathie
Prof. Dr. Dr. Jérôme-Alain Voudou, Zukunftsforscher am Institut für vergleichende Schulethnologie

¹ piesacken: schwaches Verb; anhaltend, hartnäckig quälen

Retouren an:
Lehrerinnen- und Lehrerverein
Baselland LVB
Am Kägenrain 3

AZB
CH-4153 Reinach
PP / Journal

DIE POST 

Kontakte

Lehrerinnen- und Lehrerverein
Baselland LVB
Am Kägenrain 3
4153 Reinach
061 763 00 02

Kantonalsektion des LCH
Dachverband Lehrerinnen
und Lehrer Schweiz

Website www.lvb.ch
info@lvb.ch

Präsidium, Medien,
Publikationen und Pädagogik
Philipp Loretz
Bürenweg 6
4206 Seewen
Tel 077 417 57 54
philipp.lorenz@lvb.ch

Vizepräsidium,
Geschäftsführung & Mitgliederverwaltung
Maddalena Pezzulla
Am Bollwerk 4
4102 Binningen
Tel 061 763 00 03
maddalena.pezzulla@lvb.ch

Redaktion, Dokumentation,
Stellungnahmen & Anlässe
Roger von Wartburg
Rebgutstrasse 12
4614 Hägendorf
Tel 079 261 84 63
roger.vonwartburg@lvb.ch

Beratung, Mediation & Rechtshilfe
Isabella Oser
Brombergstrasse 42
4244 Röschenz
Tel 079 606 96 37
isabella.oser@lvb.ch

Sozialpartnerschaft & Personalfragen
Martin Loppacher
Spalentorweg 4
4051 Basel
Tel 061 693 00 73
martin.loppacher@lvb.ch